

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Bandes, der Allgem. Aranten- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 Pf., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 30. September 1893.

Inserate die viergeschwerte Petzelle oder deren Raum 20 Pf. Redaktion und Exkribitor: Münverg, Weizstraße 12.

Ein Jubiläum der Einsichtseligkeit.

Die Weltvergessen und gedankenverloren setzten am Sonnabend, den 9. September zu Berlin in den Räumen der "Philharmonie" die Harmoniedusler auf dem Gebiete der erbittertesten Interessenkämpfe das 25jährige Jubiläum ihres Schattendaseins. Zwar schlug die Berliner Fortschrittsprese noch einmal Tantam, Herr Goldschmidt und Herr Max Hirsch lieferen eigenhändig schwungvolle Leitartikel über die großen Leistungen der deutschen Gewerkvereine; indeß sind die letzten Rechte dieser forschrittslichen Prätorianertruppen so kümmerlich und politisch bedeutungslos, daß diese Prezessionsgebungen nicht mehr bezagen als ein anständiges Begräbnis. Diese völlige Bedeutungslosigkeit der deutschen Gewerkvereine, sogar für die Fortschrittspartei, als deren Arbeiter-Elbgarde und Paraderuppe sie gegründet wurden, erhellt am besten, wenn wir einen Blick auf die politischen Persönlichkeiten werfen, die den an sie gerichteten Glückschlägen Folge geleistet haben. "Man sah Niemand, der da war." Und sogar Glückwunschtelegramme oder Zuschriften gingen nur ein von Herrn Rickert; die Herren Mörike, Goldschmidt, Büders, Jordau, zählen so wenig wie die Suppen-Dame Morgensterne, und Herrn Fabrikinspektor Wörthshofer zählen wir zu den höflichen Leuten, die gewohnt sind, auf Briefe und Anfragen zu antworten.

Die horrende Kurzichtigkeit der liberalen Bourgeois und die politische Reife der durch die sozialdemokratische Agitation aufgeklärten deutschen Arbeiter — diese beiden Thatsachen vereiteln den Versuch der Herren Hirsch-Düncker, die Interessen der deutschen Arbeiterklasse an die deutsche Unternehmerklasse zu verrathen.

Als die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland Ende der 60er Jahre ihren Aufschwung nahm und die Herren Bourgeois den jungen klar seine mächtigen Schwingen regen sahen, da sandten sie Dr. Max Hirsch nach England, um die dortigen Tradesunions zu studiren. In England gab es große mächtige Arbeiterorganisationen, die nicht blos frei waren von sozialdemokratischen "Umsturzideen", sondern die sogar in den politischen Kämpfen des Tages die Kerntruppen für die Liberalen lieferten, die tapferen Soldaten, mit denen die liberalen Bourgeois die Schlachten gegen die konservative Regierung schlugen und gewannen. Kein Wunder, daß den deutschen Bourgeois der Mund wässerte, solchen Zugang sich zu sichern für ihre Interessenkämpfe gegen das deutsche Junkerthum. Was in England historisch geworden, glaubten sie in Deutschland künstlich schaffen zu können; sie vergaßen aber, daß der deutsche Bourgeois ein leidender, sifriger Knicker war, groß geworden in polizeilicher Vorwürde, der nicht über seine Maße hinausging.

"Was war das Bedürfnis in der

Periode der Entfaltung der Großindustrie? Die Arbeiter massen widerstandsfähig gegen die konzentrierte Macht des Großkapitals zu machen, um sie der Bedrückung und der Ausbeutung zu entziehen, ihnen mit der gleichberechtigten Stellung im Arbeitsverhältniß bei mäßiger Arbeitszeit einen angemessenen Nutzen am Ertrag und damit an den Schäden der fortschreitenden Kultur zu sichern." Mit diesen Worten kennzeichnete Dr. Max Hirsch am Jubiläumsfest die Aufgabe und "hohen Zielle" der Gewerkvereine, wie sie seit 1868 vollbewußt geplant wurden. So sprach der Gründer am 9. September vor den Mitgliedern in Abweesenheit der großkapitalistischen Fortschrittskorporationen, wie sie früher die Feste der Gewerkvereine zu "stören" pflegten. Auch vom Standpunkt der sozialdemokratischen Gewerkschaften kann man diese Worte, diese Kennzeichnung der Augenblicksziele voll und ganz unterschreiben.

Was haben aber die Gewerkvereine gethan, diese ihre Ziele zu erreichen, diese ihre Forderungen durchzusetzen? Hören wir wieder Herrn Dr. Max Hirsch, was er am gleichen Tage, wenige Stunden vorher, in einem Weihrauch-Leitartikel der "Vossischen Zeitung" hierüber zu sagen weiß:

"Während der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen in den Gewerkvereinen in den Hintergrund trat, erfüllte der stete Hinweis auf die Selbsthilfe, die Beschaffung von Bildungsgelegenheiten, die Förderung der Geselligkeit, die Gewährung von Rechtshilfe in allen gewerblichen Streitigkeiten, die Unterstützung bei Reisen, beim Umzug, bei Begräbnissen, die Arbeitsvermittlung die Mitglieder der Gewerkvereine mit einem Gefühl der Sicherheit, das, wie Schmidle in Conrad's Handwörterbuch der Staatswissenschaften ausführt, bewirkt, daß wir als Mitglieder der Gewerkvereine vielleicht gerade die ruhige und besonnene Elte der Arbeiterschaft finden."

Will man diesem Widerspruch zwar nicht höflich, aber deutlich mit wenigen Worten kennzeichnen, so kann man ihn kurz zusammenfassen in die zwei Worte: "Betrogene Betrüger."

Betrüger — indem die Herren Hirsch-Düncker an die Gründung der Gewerkvereine herantraten in der festen Absicht, die ausgesprochenen Ziele nicht zu erstreben; betrogene Betrüger — indem sie den nicht ausgesprochenen Zweck: die Befreiung der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu hintertrieben — ebenfalls nicht erreichten.

Zwar war die ökonomische Notwendigkeit stärker als all der Zoffsum der Bourgeoisie; auch die zahlreichen, braven Gewerkvereine wurden durch die kurzsichtige sifzige Vorwürde des deutschen Ausbeuterthums in die Lohnkämpfe, in die doppelmaledeiten Streits hinein-

gezwungen. Wie ein Blitzstrahl enthüllte der Waldenburger Streit die Lüge von der Harmonie zwischen dem ausbeutenden Kapital und der ausgebenteten Arbeit, aber immerhin gelang es den Lettern der Gewerkvereine, ihre braven Arbeiter von einem Weitergehen auf bleier gefährlichen Bahn abzuhalten, denn, heißt es in dem erwähnten Artikel der "Voss. Ztg." weiter, "Lohnkämpfe wie der Waldenburger Ausstand erregten Misstrauen bei dem Bürgerthum", deshalb wurde der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen in den Gewerkvereinen in den Hintergrund gebracht, trotzdem Herr Hirsch so pathetisch steht, 25 Jahre später, in die Welt hinausposaunen möchte, daß "hohe Ziel der Gewerkvereine, wie sie 1868 vollbewußt geplant wurden," sei gewesen, die Arbeitermassen widerstandsfähig zu machen gegen die Ausbeutung und Bedrückung des Großkapitals!

Mit der Aufgabe dieses hohen Kampfziels war natürlich der Bankerott dieses bourgeois Zwischenspiels besiegt. Nur zu bald ging auch die "Perle der Gewerkvereine", die berüchtigte Jubiläumskasse des Bandes schmählich flöten, Tausende von Arbeitern wurden um ihre abgebarbten Spargroschen geprellt, und wenn heute der "Verbandsanwalt" die Schulden für diesen Bankerott der "Mitschau" erregenden polizeilichen Einmischung zuschreibt, so ist das Flunkerei, um sich von der Verantwortung für diese faule Gründung zu drücken. Andere Arbeiterklassen hatten ganz andere polizeiliche Chikanen zu tragen, aber die gesunden finanziellen Grundlagen, der Opfersinn der Arbeiter, die Rekrutierung aus der durch die gesteckten Ziele, die unermüdliche Agitation und den fröhlichen Kampf dafür enthusiasmiren jungen Generationen diese "polizeiliche Einmischung" spielend überwinden.

Über es hieße der historischen Wahrheit Gewalt anthun, wenn man annehmen wollte, dieser frühzeitig politische und finanzielle Bankerott sei die Ursache davon gewesen, daß die Gewerkvereine in ihrer Mitgliederzahl und Bedeutung immer zurückgegangen sind, bis sie heute auf dem Standpunkte der absoluten Bedeutungslosigkeit angelangt sind. Denn heute sind die angeblich 1341 Ortsvereine mit 61,034 Mitgliedern nichts anderes mehr als eine, von jeglichem politischen und wirtschaftlichen Einfluß und Ge- banken losgelöste Unterstützungsgeellschaft, wie das deutsche Reich und alle modernen Kulturstaten in den zahllosen Kranken-, Sterbe-, Begräbniskassen etc. deren ungezählte Variationen aufweisen. Der moralische und finanzielle Zusammenbruch dieser Fortschrittsparteilichen Bourgeoisgründung ist vielmehr die Folge davon gewesen, daß die deutschen Arbeiter vom ersten Augenblick an das schnöde Spiel durchschauten, für das die Gewerkvereine gegründet wurden und die deutschen Arbeiter gewonnen werden sollten. Der Bankerott war nur das Signal, das die deutsche Arbeiterklasse nachträglich aufdrückte, um aller Welt Kund und zu wissen

zu thun, daß sie für versei nicht zu haben ist, sondern jedem die Wege weist, der sie von ihrem wahren Ziele ablenken will, dem Ziele, dem heute die politisch und gewerkschaftlich organisierte deutsche Arbeiterschaft zusteckt: Befreiung der Arbeiterklasse von dem Joch der kapitalistischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung durch die Ausbeuterklasse.

Die prunkenden Naden beim Jubiläumswahl, die tönen den Bahnen in dem Festberichte tänschen heute Niemand mehr, nicht einmal die Bourgeoisie, die sich sogen tüschen ließ. Wenn für Krankenunterstützung und Begräbnissgeld — in fünfzig zwanzig Jahren — auch 8,400,000 Pf. aufgebracht wurden, für Rechtschutz und Bildungszecke, Arbeitslosen- und sonstige Unterstützungen weitere 2,200,000 Pf., was will das sagen gegen die ungezählten Millionen, welche die in den klassenbewußten Gewerkschaften organisierten Arbeiter für ihre wirtschaftliche Besserstellung in den zahllosen Kämpfen der letzten 25 Jahre gegen das vereinigte Ausbeuterthum und die mit ihm verbündeten Staats- und Polizeimächte opfern mussten! In den zahllosen Kämpfen, in denen die Gewerkvereiner, dank ihrer politischen Kastration durch die Hirsch und Konsorten nur die Rolle der Schmarotzer gespielt haben?

Diese aus den eigenen Taschen aufgebrachten Unterstützungsroschen lohnen wirklich nicht der Mühe, dafür die politische Selbständigkeit aufzugeben, dafür der bürgerlichen Fortschrittspartei Helotenstufen zu leisten. Und noch weniger lohnte es der Mühe, dafür ein Jubiläum der Einsichtseligkeit zu feiern! Ein Glück, daß dies "Jubiläum" der Welt zum Lebendruck noch einmal vor Augen führte die völlige Bedeutungslosigkeit der Hirsch-Düncker'schen Harmoniedusel, die völlige Einsichtlosigkeit der betrogenen Betrüger!

Die Geschäftslage der schweiz. Metall- und Maschinenindustrie.

Der jüngst erschienene, für das Jahr 1892 erstattete Jahresbericht des schweizerischen Handels- und Industrievereins (Handelskammer) über Handel und Industrie in der Schweiz enthält auch eine sehr informative Übersicht über die geschäftliche Lage der verschiedenen Zweige der Metall- und Maschinenindustrie, welche theils vom Verein schweizerischer Maschinenindustrieller, theils von einzelnen derselben herrührt.

Die Einführung von maschinen-industriellen Produkten in die Schweiz betrug im verflossenen Jahre 21,252,000 Franken, die Ausfuhr 21,610,000 Franken; Deutschland partizipiert an der Einführung mit 11,100,000 Franken und an der Ausfuhr mit 4,348,000 Franken, es hat also fast dreimal so viel Maschinen etc. in die Schweiz eingeschafft als diese dahin ausgeführt. Was aus Deutschland hauptsächlich in die Schweiz geliefert wird, sind Nähmaschinen, eiserne Konstruktionen (Brücken, Eisenbahnmaterialec), Land- und hauswirthschaft-

liche Maschinen, Werkzeugmaschinen, Lokomotiven, Maschinenthüle, Fahrräder, Spinnerei- und Zwirnereimaschinen. Letztere Maschinen liefert ungelehrt auch die Schweiz in größerer Menge nach Deutschland, ferner Webstühle und Webereimaschinen, Mülleremaschinen, Dhuamoselektrische Maschinen etc.

Dem Betrag nach ist die Einführ um ca. 1,776,000 Franken zurückgegangen, dem Gewicht nach aber hat sie um ca. 30,500 Doppelsenkner zugenommen. Der Widerspruch erklärt sich durch die Verminderung des Wertes überhaupt und die ungewöhnlich starke Einführ älterer Konstruktionen. Zurückgegangen ist in erheblichem Maße die Einführ aus Deutschland mit ca. 1,500,000 Franken und diejenige von Österreich-Ungarn. Nichtsdestoweniger nimmt Deutschland immer noch den gleichen, gefährlichen Rang ein, indem ihm gleichwohl 64,3 Prozent der Gesamtimporte aller Maschinengattungen zugesassen sind, während die schweizerische Ausführ nach Deutschland proportionell um das Doppelte abgenommen hat, auch absolut um die Hälfte kleiner ist, als die Einführ aus Deutschland, so daß sich die Stellung des letztern nicht verschlechtert, sondern eher verbessert hat.

Im laufenden Jahre wird Italien bedeutende Lieferungen älterer Konstruktionen in die Schweiz einführen. Das wäre nicht der Fall, wenn sich die Rangstellung der Industriestaaten nach der Höhe der Arbeitslöhne richten würde, wie jüngst ein amerikanischer Nationalökonom behauptete; denn die italienische Konkurrenz hat die schweizerische in den hier in Frage kommenden Submissionen mit Preisen unterboten, die vorläufig nicht anders erklärt werden können, als mit einer beispiellosen Billigkeit der Löhne.

Als ein Zeichen der Zeit wird bezeichnet, daß die Schweiz für Velos fast ebenso viel Geld ausgibt wie für Nähmaschinen.

Über das Konkurrenzverhältniß der schweizerischen Maschinenindustrie zur deutschen sagt der Bericht des Fabrikantenvereins: „Was Deutschland anbelangt, so hat es von jeher nicht an den Sößen gefehlt, sondern an der Möglichkeit, bei uns in allen Grundbedingungen ungünstigen Verhältnissen mit den deutschen Maschinenfabrikanten auf ihrem eigenen Boden zu konkurrieren. Wäre es nur das! Aber die deutschen Produkte mit ihren billigen Preisen erschweren und mindern uns den Absatz überall, wo wir ihn suchen, selbst im eigenen Lande. In der Billigkeit können wir den deutschen Fabrikanten gegenüber unmöglich konkurrieren, nur durch die Vorzüglichkeit unserer Produkte verschaffen wir uns bei erfahrenen Käufern Beachtung und Vorzug. Den höheren Preis für die Schweizer Maschine bewilligt, thut es in der Überzeugung, daß er eine vollkommene, sorgfältig ausgeführte und im höchsten Grade leistungsfähige Maschine anschafft; mehr als je liegt uns bei den heutigen schwierigen Verhältnissen ob, diese Überzeugung zu rechtfertigen und den Ruf unserer Fabrikate hoch zu halten. Die Erfahrung, daß das Billigste das Schlechteste und das Schlechteste das Schwerste ist, kann nicht verfehlten, uns die Kundenschaft allmählich wieder in größerem Maße zuzuführen. Zu der Überlegenheit unseres Fabrikats liegt das Geheimnis unserer Konkurrenzfähigkeit.“ —

Im Allgemeinen hat nach dem Berichte die Maschinenindustrie ein sehr schlechtes Jahr durchgemacht und auch die Aussichten für die nächste Zukunft seien keine guten. Indes werde doch gehofft, daß der tiefste Punkt nun erreicht und der Boden zu einer dauernden Besserung vorbereitet sei. „In der Bergwerks- und Eisenindustrie ist in Folge Syndikatshilfungen schon etwas mehr Leben und auch auf anderen Gebieten scheint die

Muthlosigkeit größerer Zuversicht und besserem Vertrauen welchen zu missen. Allein es fehlt noch viel bis zu einer neuen Ära der allgemeinen industriellen Prosperität. Dazu sind gute Ernten, Friede unter den Völkern und den Orländern der Gesellschaft und das Ausbleiben Furcht und Schrecken verbreitender Krankheiten, wie namentlich der Cholera, vor Allem nothwendig.“

In ganz gleicher Weise spricht sich ein Maschinenfabrikant aus, indem er auch aufzeigt, daß für den schweizerischen Maschineneport ein Land nach dem andern verloren geht. „Italien, das' ehemal einer unserer besten Abnehmer war, deckt sich seinen Bedarf je länger je mehr im Laufe selbst; Spanien verschließt uns seinen Markt durch die neuen Zölle, die auf einzelnen Maschinengattungen das achtfache der früheren betragen und Frankreich steht mit uns im Böllkriege. Während sich also unsere Exportverhältnisse innerhalb kurzer Zeit verschlimmert haben, tritt anderseits die ausländische Konkurrenz in unserem eigenen Lande immer mächtiger, rücksichtsloser, und was das schlimmste ist, tatsächlich auch erfolgreicher auf. Was nützt es uns, wenn unsere Industrie hinsichtlich ihrer Entwicklung und Leistungsfähigkeit einen Wettbewerb genießt, wenn unsere Produkte an internationalen Ausstellungen mit den höchsten Auszeichnungen bedacht werden, wenn wir dagegen anderseits zuschauen müssen, wie schweizerische Besteller ihre zum Theil sehr bedeutenden Aufträge an ausländische Maschinenfabriken ertheilen, wenn, um Beispiele anzuführen, für eine neu gegründete Papierfabrik die sämtlichen Maschinen im Betrage von gegen 200,000 Franken einem deutschen Hause übertragen werden, eine andere bestehende Papierfabrik ihre neue Papiermaschine in Deutschland bestellt, eine schweizerische Bahngesellschaft ihre Werkzeugmaschinen aus Italien bezügt, Turbinen und Transmissionen für Cementfabriken, elektrische Kraftübertragungs- und Beleuchtungsanlagen von deutschen Maschinenfabriken erstellt werden, wenn sogar das rauchlose Pulver für unsere schweizerische Armee mit Maschinen hergestellt wird, die von deutschen Häusern nach der Schweiz geliefert werden, während schweizerische Werkstätten solche Einrichtungen nach Frankreich, Spanien, Italien, Norwegen etc. exportirt haben, oder, um unsere Auszeichnungen zu schließen, wenn für eine schweizerische Bergbahn die Dampfmaschinen (drei Zwillingsmaschinen mit Kesseln) in Deutschland bestellt werden, weil, wie der Besteller uns schrieb, „die deutsche Konkurrenz beim Feststellen des Preises vom Gedanken geleitet war, daß diese Maschinenanlage vielfach besucht werde und gleichsam für den betreffenden Fabrikanten als Reklame oder eine Art Ausstellung diene? Unser Schweizer Bergbau fällt also im vorliegenden Falle die hohe Aufgabe zu, unserer ausländischen Konkurrenz für den Absatz ihrer Erzeugnisse als Ort der Reklame zu dienen.“

Derselbe Fabrikant hat in seinem Geschäft die Beobachtung gemacht, daß die Zahl der Unfälle schon gegen Ende des Jahres 1891 und dann namentlich während dem Jahre 1892 gegenüber früher in ganz bedeutendem Maße abgenommen hat, so daß die Entschädigungen für das Jahr 1892 kaum Einbrüder der Versicherungsprämie ausmachen. Der materielle Vortheil davon kam allerdings nur der Versicherungsgesellschaft zu Gute. „Dagegen ist diese Erscheinung in moralischer Beziehung nicht ohne Werth insofern, als sie zeigt, daß die Arbeiter durch Vorsicht und bessere Pflichterfüllung sich selbst vor Schaden bewahren können und daß auch die Fälle der eigentlichen Ausbeutung dieser wohltätigen Institution weniger häufig vorkommen.“

In zwei Berichten erklären die be-

treffenden Fabrikanten-Berfasser (die Berichte betreffen Weberei- und Müllereimaschinen), daß die Arbeitsleistung bei der 10stündigen Arbeitszeit eine der Zeit entsprechende Reduktion gegenüber der früher 11stündigen Arbeitszeit erfahren habe. Inwiefern diese Behauptungen tatsächlich begründet sind, vermögen wir nicht zu kontrollieren. Dagegen ist der Wunsch in einem dieser Berichte, daß andere Länder dem Beispiel der Schweiz bezüglich der Arbeitszeit folgen möchten, damit ihre ungünstigere Lage wieder etwas ausgleichen werde, allerdings berechtigt und daher zu unterstützen.

In dem Berichte über Feld-, Dienst- und Industriebahnen wird ebenfalls eine Reduktion der Arbeitsleistung bei der Beinhstundendarbeit behauptet und erklärt, entweder müsse wieder der Elbstundentag eingeführt oder es müssen die Löhne reduziert werden. Leider ist an mehreren Orten tatsächlich bereits das Erstere geschehen und so die werhvolle Errungenschaft des Beinhstundentages wieder verloren gegangen, die man dann beim nächsten Industrie-Auffchwung vielleicht mit schweren Opfern wieder erreicht, um sie nach kurzer Spanne abermals zu verlieren. Auf die Bedeutung und die Macht der gewerkschaftlichen Organisation werfen solche Vorgänge kein günstiges Licht, sie lassen vielmehr deren ganze Schwäche erkennen. Gewinnen und Verlieren, Wiedergewinnen und Wiederverlieren, Beständigkeit nur des Wechsels — das ist die reinste Sisyphusarbeit unserer Organisationen. Wir drehen uns auf diese Weise stetig im selben engen Kreise und bleiben alle Zeit gleich weit vom Ziel entfernt. Dagegen helfen kann nur die rücksichtige Agitation, Aufklärung und Lehre, Stärkung der Organisation und Begleiterung der Arbeiter für dieselbe. Nur eine einzige Arbeiterschaft kann auch in ungünstiger Zeit die Wiederentzündung einer errungenen Verbesserung verhindern.

Ein vernünftiges Wort, das den wütenden Spar-Aposteln in's Stammbuch gehört, findet sich in dem Berichte über das Gießerei-Geschäft. Es heißt da: „Obwohl die Arbeitslöhne gestiegen sind, erübrigert der Arbeiter doch nicht mehr als früher, da auch die Lebensbedürfnisse sich vermehren und zum Theil auch im Preise gestiegen sind. Der errungene Vortheil fällt also größtentheils andern zu.“ Das heißt den Kaufleuten und Unternehmern.

In einer staatlichen Waffenfabrik waren Ende 1892 ca. 823 Arbeiter beschäftigt. Der durchschnittliche Tagelohn wird mit 5,30 Franken angegeben. Von der Arbeiterschaft waren 93, 6 Proz. Schweizer und 6,4 Proz. Ausländer.

Sollte die zur Zeit tiefeinschneidend wirkende Krise in Nordamerika auch auf Europa empfindlicher zurückwirken, so würde darunter auch die schweizerische Maschinenindustrie zu leiden haben und die Erwerbsverhältnisse für die Arbeiter noch ungünstiger gestaltet werden. Aber gerade die trüben Aussichten sollten die Arbeiter zum engen Zusammenschluß veranlassen, damit sie im Stande sind, ihre Lebenshaltung und ihre Arbeitsverhältnisse gegen die Unternehmerangriffe mit Erfolg zu verteidigen.

Die Kapitalisten rechnen.

Herr Rippel, Direktor der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg (Klett & Co.) und wahrscheinlich mit nächstem auch Kandidat für das Nürnberger Gemeindefollegium, ist bekanntlich ein spekulativer Kopf.

In Gustavsburg bei Mainz, dem Orte seiner früheren Tätigkeit, erfreute er sich so sehr der Liebe und Verehrung „seiner“ Arbeiter, daß er es vorzog, seinen Aufenthalt ohne große Abschiedsfeierlichkeiten nach Nürnberg zu verlegen, wo er nach verhältnismäßig kurzem

Wirken es fertig brachte, nicht nur seinen Vorgesetzten, Herrn Kommerzienrat H. H. Solt, sondern auch diverse ältere Arbeiter dem Aufsichtsrath der Aktiengesellschaft als überzählig und seither gezahlte Löhne als zu hoch erscheinen zu lassen.

Herr Rippel ist ein Gegner der Ortskassen und Anhänger einer Fabrikfankenkasse. Warum er das ist, das dürfte aus Nachstehendem erschließen. In der Fabrik besteht eine besondere, vom verstorbenen Freiherrn von Cramer gestiftete Unterstützungsstiftung, welche den Zweck hat, neben verschiedenen Leistungen, welche jetzt in Folge der Reichsversicherungsgesetzgebung seitens anderer Corporationen gesetzlich gewährt werden müssen, bei Todestfällen von Arbeitern die Beinhstundenkosten zu vergüten, die Witwen und Waisen von Angehörigen der Fabrik, sowie verunglückte Arbeiter zu unterstützen, ferner eine außerordentliche Unterstützung in besonderen Fällen zu gewähren, welch letzterer Punkt allmählich dahin ausgedehnt wurde, alten Arbeitern, insbesondere solchen, welche 25 Jahre in der Fabrik beschäftigt waren, eine Art Pension zu zahlen. Diese Kasse, zu der bis zum Jahre 1871 die Arbeiter allmählich einen Kreuzer beizusteuern hatten, ist Herrn Rippel — und auch anderen Interessenten — schon längst ein Dorn im Auge. Das begreift sich, kapitalistisch betrachtet, wenn man erfährt, daß die Fabrik zu den Aufwendungen dieser Kasse jährlich etwa 20,000 M. zuschieben hat. Die Kasse aber direkt aufzuheben, das geht nicht, denn dieses Institut hat einen stiftungsmäßigen Charakter und die Fabrik hat die Verpflichtung, nach dem Austritt des Herrn v. Cramer das Vermögen der Kasse, welches am 1. August 1868 fünfzigtausend Gulden betrug, hypothekarisch sicher zu stellen. Ob dies seinerzeit bei Umwandlung der Fabrik in eine Aktiengesellschaft geschehen, ist uns nicht bekannt. Die Fabrik hat sogar die Pflicht, bei Auflösung des Etablissements die Kasse als Stiftung fortbestehen zu lassen und dafür zu sorgen, daß nach wie vor Unterstützungen an ehemalige Arbeiter der Fabrik oder an deren Angehörige, oder, wenn solche nicht mehr vorhanden, an Arbeiter und deren Hinterlassene überhaupt weiter bezahlt werden.

Auso mit der direkten Beseitigung der Unterstützungsstiftung und ihrer Verpflichtungen ist es nichts. Aber was auf direktem, d. h. auf geradem Wege nicht geht, das läßt sich vielleicht auf indirekten, krummen Wegen machen. Wozu wären denn die famosen Versicherungsgesetze, speziell das Krankenkassengesetz da. Als durch die Novelle zum letzteren Gesetz zahlreiche Arbeiter, die früher alle in freien Hilfsklassen versichert waren, in die Gemeindeversicherung gezwungen wurden, steigerte sich der von der Klett'schen Fabrik an die städtische Zwangskasse zu leistende Beitrag von circa 8000 M. auf rund 16,000 M. Dieser Beitrag würde sich bei Einführung einer Ortskasse, welche den Arbeitern günstigere Versicherungsbedingungen bietet, bei einem Arbeiterstand von rund 1800 Mann auf etwa 20,000 M. steigern. 4000 Mark mehr! Ist das nicht Grund genug für den Kapitalisten, gegen eine solche Einrichtung zu sein? Die besseren Bedingungen für den Arbeiter kommen ja für ihn nicht in Betracht. Und die Nürnberger Arbeiter sind nach Herrn Rippel's Ansicht ohnehin so „begehrlich“.

Nach seiner eigenen Berechnung gehören 760 Mann „seiner“ Arbeiter zu der Lohnkasse II mit einem Jahresinkommen von 900 M., und 970 zu der Kasse I mit einem Einkommen von 1200 M. Ist es da für einen Mann mit bloß 37,000 M. Einkommen nicht schrecklich, der Fabrikleitung zuzunutzen, auch noch für eine gute Krankenversicherung der „begehrlichen“ Arbeiter 4000 M. extra ausgeben zu

sollen? Also eine Fabrikfasse her! War sind die Angehörigen des Arbeiterausschusses, bis auf zwei, sammt und sonders gegen eine Fabrikfasse. Aber was thut das? Wirklich etwas zu sagen hat der Arbeiterausschuss ja nicht, dank den Bestimmungen des famosen Arbeiter-schutz-gesetzes. Und die „begehrlichsten“ unter den Arbeitern kann man, wenn nöthig, leicht unschädlich machen. Um aber die weniger tief bliebenden Fabrikangehörigen zu fördern, macht man den Vorschlag, statt des gesetzlich vorgeschriebenen Drittelsbeitrages seitens der Fabrik die Hälfte zahlen zu wollen. Wahrscheinlich denkt man: ist die Kasse erst unter Dach und Fach gebracht, dann läßt sich diese Bestimmung immer wieder beseitigen.

In Gustavburg ist man, trotzdem dort beständig viele Leute auf Montage sind, lange Zeit mit einem Beitrag von 2 Prozent des Arbeitslohnes ausgekommen und erst vor Kurzem hat man sich genötigt gesehen, auf 3 Prozent hinaufzugehen. Hier, wo die gefährliche Arbeit der Monteure weniger in Betracht kommt, glaubt man mit 2½ Prozent zurechtkommen. Freilich ist dabei die Sache so gebaut, daß die Krankenunterstützung nur 13 Wochen währen soll, während sie in Gustavburg 26 Wochen dauert und in den alten hiesigen Volkskrankenkassen durchschnittlich ein Jahr.

Nun würde ja allerdings zu der Fabrikfasse die Alttengesellschaft statt, wie zur Gemeindeversicherung 20,000 sogar etwa 28,400 M. jährlich an Arbeitgeberbeitrag zu zahlen haben, und das muß doch riesig „human“ erscheinen. Aber — man höre! Herr Nippel hofft in Folge dieses höheren Beitrages zur Fabrikfunkenkasse den jetzt 20,000 M. betragenden Zuschuß zur Unterstützungs- oder Kreuzerkasse auf 3—4000 reduzieren zu können! Das heißt doch ein Geschäft! Eine jährliche Ersparnis von ca. 18,000 M.! Und auscheinend ohne jede Eskamotage! Herr Nippel will zunächst das 25 Gulden betragende Leichengeld aus der Unterstützungs-Kasse wegfallen lassen, weil ja nach Einführung der Fabrikfunkenkasse die Relikten der Verstorbenen das Leichengeld aus dieser bekommen. Daß dies direkt gegen das Stiftungsstatut verstößt, sieht den Herrn Direktor, wie es scheint, gar nicht an. Und auch eine Anzahl weiterer Verpflichtungen der Kreuzerkasse kann ohne viele Umstände auf die Krankenkasse abgewälzt werden, um den Zuschuß auf 3—4000 M. zu reduzieren — wenn sich's die Arbeiter gefallen lassen und wenn, wie wir hinzufügen wollen, Frau von Cramer diesen den ganzen Traditionen der Fabrik und den Ansichten ihres verstorbenen Mannes in's Gesicht schlagenden modernkapitalistischen Manipulationen ihre Zustimmung gibt. Daß die den Klüschitzkäfigen Münchener Abvokaten mit den geplanten Konfiskation wohlerworbener Arbeiterrechte einverstanden sind, bezweifeln wir nicht.

Wir hielten es aber für unsere Pflicht, die Projekte hier öffentlich anzumachen und darauf hinzuweisen, wie man beim großen indifferenten Publikum mit „Wohlfahrtseinrichtungen“ prahlen und dabei doch ein Geschäft gerade mit solchen Einrichtungen machen kann.

Unter den geschilderten Umständen ist auch die Haltung des „freisinnigen“ Nürnberger Magistrats und seines „wohlwollenden“ Bürgermeisters gegen die Einführung einer allgemeinen Ortskasse begreiflich. Handelt sich's doch um die Wahrung kapitalistischer Interessen, und da müssen andere Rücksichten natürlich in den Hintergrund treten.

Die Angehörigen der Maschinenbaubranchen, nämlich die Arbeiter, dürften aber Angesichts solcher Machinationen gut thun, wie die Buchdrucker, Steindrucker sc.,

mit aller Energie darauf zu bringen, daß auch für sie eine Ortskasse ihrer Branche gebildet werde, damit den Kassen-Expropriateuren bei Klett & Co. das Handwerk gelegt wird.

Sur Organisation der Metall-Industriellen.

Es ist jetzt etwas über zwei Jahre her, als in der bekannten Broschüre: „Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse“ die schändlichen Praktiken, welche die unter Kühnemann'scher Leitung stehenden Metallindustriellen in Verbindung mit staatlichen Behörden gegen die Arbeiter verübten, an den Pranger gestellt wurden. Es wurde dort festgestellt, daß die Unternehmer ihre wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber den Arbeitern durch die unmoralischsten Mittel zur Geltung brachten, daß sie sich sogar nicht scheuten, die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen, welche dafür mit einer „Handsalbe“ von 3000 M. belohnt wurde. Das System der schwarzen Listen, die Berufserklärung der mißlebigen Arbeiter („Agitatoren“), die Aushungierung derselben, die strafflos betriebene geheime Chrabachneider, die Ausstellung kenntlicher Arbeitszeugnisse — Alles dies wurde in der Broschüre enthüllt. Die Kühnemänner waren vor der Deffenstlichkeit gerichtet.

Von dem Programm, das sich die Kühnemänner gegeben hatten und auf Grund dessen sie ihr schmiedvolles Treiben verübt hatten, wollen wir hier nochmals die ersten vier Punkte wiederholen:

1. Beschwerden der in den Betrieben der Verbandsmitglieder beschäftigten Arbeitnehmer über Höhe der Löhne, Einrichtungen des Betriebes und vergleichen auf Antrag des betreffenden Verbandsmitgliedes untersuchen zu lassen und darüber in einer für den Unternehmer verbindlichen Weise zu entscheiden;
2. auch ohne einen solchen Antrag, sobald auf eine andere Weise Beschwerden oder Mißhelligkeiten der vorbezeichneten Art bekannt werden, aus eigener Veranlassung den Versuch einer gütlichen Beilegung derselben zu machen;
3. gemeinsame Maßregeln durchzuführen, falls in einem der vereinigten Betriebe die Arbeitnehmer versuchen sollten, Lohnhöhungen oder sonstige Forderungen im Wege der Arbeitseinstellung, Sperrung, Berufserklärung oder auf ähnliche Weise zu erzwingen;
4. einheitliches Handeln in allen Fragen, welche für das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer von grundfäßlicher Bedeutung sind (z. B. Maximal-Arbeitstag, Abschaffung der Akkordarbeit, Arbeiterfeiertage, Fabrikordnungen und vergleichen).

Mit diesem Programm vergleiche man nun das von uns in voriger Nummer veröffentlichte Statut des Verbandes der Metall-Industriellen Nürnberg-Fürths. Im Wortsinn zwar verschieden ist der Geist ein und derselbe. Nur in der Hauptsache sind die Nürnberg-Fürther Männer ihren Vorstellern noch etwas über. Demnach Heuchel und nichts Anderes ist es, wenn die Herren in ihrem § 2 vorgeben, „daß Wohl der bei den Mitgliedern beschäftigten Arbeiter fortgesetzt werthätig fördern“ zu wollen, nachdem in den folgenden Punkten und in den „Ausführungsbestimmungen“ dieser „werthätigen“ Gesellschaft die Krallen so schön zum Vorschein kommen.

Die Herren reden da von den unberechtigten Bestrebungen der Arbeiter, die Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben“. Thatsächlich hat jedoch der

Arbeiter heute keine andere Wahl, als die ihm vom Unternehmer vorgesetzten Arbeitsbedingungen anzunehmen.

Trotzdem aber die Herren so große Freude einseitiger Vorzüglichkeiten sind, stimmen sie zugleich, daß sie bei Streitigkeiten zwischen „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ als Gerichtshof fungieren und allein, ohne daß die Arbeiter auf Fällung des Urtheils einen Einfluß haben, Urtheile sprechen. Wer da wohl Recht bekommen wird, der Vereins „genossen“ Unternehmer oder die „begehrlichen“ Arbeiter, die sich erschrecken, Arbeitsbedingungen „einseitig“ vorschreiben zu wollen? —

Fügen sich die Arbeiter dem Spruche eines so mustergültig zusammengesetzten „imparteiischen“ Gerichtshofes nicht gewillig, machen sie etwa gar von dem ihnen gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch und legen die Arbeit nieder, so tritt die „werthätige“ Förderung des Wohls der Arbeiter in Gestalt von Berufserklärung, Schließung der Arbeitsstätten für die sich mit den Streikenden solidarisch erklärenden in Kraft. Darauf lassen die famosen „Ausführungsbestimmungen“ keinen Zweifel aufkommen.

Die Gründung des Nürnberg-Fürther Verbandes der Metallindustriellen ist auf ganz bestimmte Ursachen zurückzuführen. Herr Nippel, der neue Direktor der Maschinenbauklassegesellschaft Nürnberg geht mit großen „Reform“-plänen zur werthätigen Förderung des Wohls der Arbeiter seiner Fabrik schwanger. Die Leser finden davon eine Probe in dem in heutiger Nummer enthaltenen Artikel: „Wie Kapitalisten rechnen.“ Er fürchtet nun den Widerstand der Arbeiter gegen die Misshandlung dieser „Wohlthaten“ und daher die Suche nach Bundesgenossen. Ob sein Liebeswerben bisher von großem Erfolg begleitet war, vermag wir vorläufig nicht anzugeben.

Sei dem aber wie ihm wolle — die Nürnberg-Fürther und die gesammelten Metallarbeiter haben die Konsequenzen aus dem „Programm“ des neuen Verbandes zu ziehen. Sie müssen sich wappnen gegen die beabsichtigten Streiche der Unternehmer, indem sie sich sammt und sonders dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande anschließen. Nur wenn sie alle vereinigt sind, können sie der Macht des Fabrikanturings energischen Widerstand entgegensetzen.

Organisation des Arbeitsnachweises.

Die Arbeitsvermittlung liegt in Deutschland ausnahmslos noch sehr losen Argen; sie ist zu einem guten Theil dem Zufall, zum anderen der kapitalistischen Ausbeutung überlassen. Auf der einen Seite haben seit jeher die Arbeiterorganisationen den Versuch gemacht, den Arbeitsnachweis ihrer Branche in ihre Hände zu bekommen; auf der anderen Seite haben gleichfalls die Unternehmer sich des Arbeitsnachweises zu bemächtigen versucht und der Arbeitsnachweis ist an manchen Stellen — wir erinnern an den großen Hornerstreik in Hamburg vor einigen Jahren — zu einem Kampfobjekt geworden, um welches auf beiden Seiten erbittert gekämpft worden ist.

Die Folge ist gewesen, daß auf keiner Seite erzielbare Erfolge erzielt worden sind. Der Arbeitsnachweis ist eben ein Gebiet, das weniger als manches andere zum Kampfgebiet geeignet ist; er sollte vielmehr als neutrale Zone gelten, auf dem sich die beiderseitigen Interessen der Arbeiter und Unternehmer zwar begegnen, aber nicht in feindlicher Weise begegnen sollen. So lange die Geschäftslage eine gute ist und viele Arbeitskräfte verlangt werden, der Arbeitsmarkt daher auch nicht an so starker Überfüllung leidet, können wohl beide Formen des Arbeitsnachweises — der der Arbeiter und derjenige der Unternehmer — nebeneinander einigermaßen funktionieren; so bald aber die schlechten Geschäftsperioden sich einstellen — und das geschieht gegenwärtig in immer schnellerer Aufeinanderfolge und immer länger andauernd — so gerathen beide Formen des Arbeitsnachweises in Konflikt und die Nachweise der Arbeiter ziehen meistens den Kürzeren dabei, weil die Arbeit gesucht ist als der

Arbeiter und die Unternehmer, welche die Arbeit zu vergeben haben, sich die Arbeiter dort holen, wo es ihnen gefällt.

Ein Mittel, die Unternehmer zu zwingen, sich ihre Arbeiter an bestimmter Stelle zu holen, gibt es nicht, wenigstens nicht in schlechten Geschäftsperioden. In guten Zeiten ist es ja in manchen Fällen gelungen, durch die Organisation, durch den gewerkschaftlichen Kampf das Unternehmertum zur Benutzung eines bestimmten Arbeitsnachweises zu zwingen, was aber selbst dann nicht verhindert hat, daß daneben einzelne Unternehmer oder ganze Gruppen derselben sich Arbeiter verschafft haben, wo sie es konnten.

Die Klagen über die Mangelhaftigkeit des Arbeitsnachweises treten daher naturgemäß dann am lautesten auf, wenn der wirtschaftliche Druck sich am stärksten fühlt. Das macht, weil dann zu der Schwierigkeit einer rationalen Arbeitsvermittlung der Mangel an Arbeit tritt. Auch die beste Organisation des Arbeitsnachweises kann in solcher Zeit keine Arbeit schaffen, wohl aber kann durch eine vernünftige Organisation des Arbeitsnachweises eine möglichst gerechte Vertheilung der vorhandenen Arbeit bewirkt werden. Bei der Zwischenstellung zwischen den Organisationen der Arbeiter und des Unternehmertums werden die ersten in slauen Geschäftsperioden immer in's Hintertreffen geraten, weil dann, wie gesagt, die Unternehmer am wenigsten geneigt sind, die Nachweisz bureaus der Arbeiter zu benutzen. Die Arbeiter, welche in dieser Zeit sich lediglich darauf beschränken, den Arbeitsnachweis ihrer Gewerksorganisation zur Erlangung von Arbeit zu benutzen, werden in vielen Fällen leider am wenigsten Aussicht haben, Arbeit zu erhalten. Die Nachweise des Unternehmertums aber reißen gerade in solcher Zeit die Arbeitsvermittlung großer Branchen völlig an sich und benutzen den Arbeitsnachweis zu dem schändlichen Unzug einer förmlichen Ausschließung bestimmter „misshandeliger“ Arbeiter von der Arbeit. Wir haben in dem berühmten Arbeitsnachweis der Eisenindustrie hier in Hamburg ja ein abschreckendes Beispiel vor Augen. Hingegen tritt aber in den schlimmsten Zeiten die ungeheure Ausbeutung der Arbeitssuchenden durch private Stellenberufsbüros auf.

Wenn also der Arbeitsnachweis rationaler betrieben werden soll, wenn der Unzug, der heute damit getrieben wird, vermieden werden soll, so muß eine völlig neue Organisation der Arbeitsvermittlung Platz greifen. Sie muß zu einer öffentlichen Institution erhoben werden. Solche Versuche hat man in anderen Ländern auch bereits gemacht.

In Deutschland ist man dieser Frage bisher nur wenig näher getreten, wohl gerade in Folge der Thatache, daß der Arbeitsnachweis in vielen Fällen den Bantafel zwischen Arbeitern und Unternehmern abgetragen hat.

Der Hauptstadt des Schwabenlandes, Stuttgart, gehörte das Verdenst, eine solche öffentliche Organisation des Arbeitsnachweises in Angriff genommen zu haben. Der Anstoß dazu ist von dem dortigen Gewerbegericht und hauptsächlich von dessen Vorsitzenden, Herrn Lautenschlager, ausgegangen, der die Sache vom rechten Ende ansah und zunächst einmal das Material darüber sammelte, wie in Wirklichkeit die Arbeitsvermittlung in Stuttgart gegenwärtig betrieben wird. Da haben sich denn ganz schaurige Zustände herausgestellt. Nach den Lautenschlager'schen Ermittlungen, bei welchen der Auszähler des Stuttgarter Gewerbegerichts mitgewirkt hat, werden in Stuttgart jährlich ca. 74,000 Arbeitsstellen neu besetzt. Die Neubesetzung erfolgt für einen großen Theil der Stellen durch Vermittlung der Zeitungen. (Das verbreitetste Blatt Stuttgarts bringt jährlich 20 bis 30,000 Stellenanzeigen.) Ein Theil der offenen Arbeitsstellen wird vergeben auf Grund des sogenannten „Umschauens“, wobei der Arbeiter von einem Unternehmer zum anderen geht und nur Arbeit nachfragt. Einem weiteren Theil besorgen die Berufsorganisationen der Arbeiter und Unternehmer (jedoch, wie konstatiert wird, nur mit teilweisem Erfolg), welche Stiftungen, Vereine sc. einen großen Anteil am „Geschäft“ nehmen jedoch die Privatbüros für Arbeitsvermittlung, deren Einzahl 74 jährt, vor welchen ein Theil das Geschäft jedoch nur in geringem Umfang trug. Bei den übrigen schwankte die Zahl der Vermittlungen zwischen 100 und 6000 im Jahr. An die gesamten derartigen Büros wandten sich 1892 etwa 21,000 stellensuchende und 18,000 stellenabtretende Personen. Das Stuttgarter Gewerbegericht nimmt an, daß insgesamt jährlich ca. 100,000 M. an Gehältern von den Stuttgarter Privatbüros eingezogen werden.

Das Resultat dieser Feststellungen war ein den Stuttgarter Gemeindesollegien unterbreiter Antrag, auf Errichtung eines städtischen unter der Leitung des Gewerbe-

gerichts stehenden, von der Gemeinde erhaltenen öffentlichen Arbeitsnachweises. Der Lautenschläger'sche Entwurf hätte folgenden Inhalt:

§ 1. Das Arbeitsamt der Stadt Stuttgart hat den Zweck, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (gewöhnlichen Arbeitern, Dienstboten und Lehrlingen) Arbeit zu vermitteln.

§ 2. Das Arbeitsamt besteht aus einer männlichen und einer weiblichen Abteilung.

§ 3. Das Arbeitsamt steht unter Leitung und Aufsicht einer Kommission von 9 Mitgliedern und 6 Stellvertretern. Der Vorsitzende der Kommission ist der Vorsitzende des Gewerbegerichts. Die übrigen Mitglieder der Kommission und die Stellvertreter werden von den Besitzern des Gewerbegerichts aus ihrer Mitte gewählt, und zwar von den Arbeitgebern und von den Arbeitnehmern je 4 Mitglieder und 3 Stellvertreter. Die Amtsdauer der Mitglieder und Stellvertreter erstreckt sich über den Ablauf der Zeit, auf die sie für das Gewerbegericht gewählt sind.

§ 4. Die Sitzungen der Kommission werden von dem Vorsitzenden nach Bedarf, jedoch mindestens alle 2 Monate, einberufen. Wenn ein ordentliches Mitglied am Geschehen verhindert ist, ist ein Stellvertreter beizutragen. Für jede Sitzung erhalten die Mitglieder eine Entschädigung von 3 M.

§ 5. Die Angestellten des Arbeitsamtes werden vom Gemeinderath nach Anhörung der Kommission gewählt.

§ 6. Die Geschäfte des Arbeitsamtes werden nach einer Geschäftsordnung, die von der Kommission festgesetzt wird, geführt.

§ 7. Die Kosten der Unterhaltung des Arbeitsamtes werden von der Stadt getragen. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich.

Unsere kapitalistischen Stadtvertretungen sind gewöhnlich nicht sehr geneigt, Einrichtungen zu schaffen, die etwas kosten, aber nichts einbringen. Und so ging es auch den Stuttgarter Stadtvätern. Sie konnten zwar gegen die Notwendigkeit eines solchen städtischen Arbeitsnachweises nicht viel einwenden und im Gemeinderath, wo der vom Gewerbegericht ausgegangene Gedanke in dem Stadtratsheim (Bürgermeister) nicht in einen bereitwilligen Vertreter fand, wogte daher auch nur einer der Stadtväter sich kurz und bündig gegen den Nachweis überhaupt zu erklären. Desto mehr aber hatten dieselben gegen die Einzelheiten der geplanten Organisation zu sagen. In dem oben wiedergegebenen Antrag des Gewerbegerichts war gefordert, daß die Geschäftsordnung des Arbeitsamtes von der leitenden Gewerbegerichts-Kommission festgesetzt werden sollte. Diese „Unabhängigkeit“ durften die hochwohlwesigen Stadtväter nicht dulden. Sie würden zwar schön entrüstet werden, wenn jemand behauptete, der wohlhabende Gemeinderath dürfe sich seine Geschäftsordnung nicht selbstständig geben. Über die Selbstverwaltung eines städtischen Arbeitsamtes durften sie nicht zulassen! Sie wünschten eine „Einrichtung“ haben auf ein Institut, „das sie schaffen, für welches man verantwortlich macht und das die Stadt bezahlt“. Und so beschloß dann der Gemeinderath, daß einzige und allein er selbst die Geschäftsordnung für das Arbeitsamt zu geben habe. Er beschloß aber noch etwas, was wahrscheinlich sehr verhängnisvoll für die praktische Ausführung des Plans werden wird: er beschloß Gebühren erhebung für die städtische Arbeitsvermittlung, während der Gewerbegerichtsantrag nun unentschließbar vorgelegen hatte. Dieser Beschluss bedeutet den Hauptstoß gegen die neue Einrichtung, und man darf wohl mit ziemlicher Sicherheit vermuten, daß seine hemmende Wirkung voll beabsichtigt ist. Zu offener Gegnerschaft hatte man nicht den Mut, so beorgte man die Behandlung auf diesem Wege. Der „Hinblick auf bestehende Institute“, denn der Vorführer der Opposition gegen die vom Gewerbegericht vorgeschlagene Organisation warf, besagte Alles. Die Herren vertraten das Geschäft der privaten „freien“ Ausnutzung der Hilflosigkeit Stellensuchender. Eine fäidliche Einrichtung, welche die Vermittlung unentgeltlich und gut besorgt hätte, wäre eine vernichtende Konkurrenz für die Privatagenten geworden, sollte und müsste es sogar werden, ihrem ganzen sozialpolitischen Charakter entsprechend. Dass wußte man verhindern.

Der Stuttgarter Bürgerausschuss hat zwar auch noch ein Wörtlein mitzureden in der Sache und unsere Genossen in demselben werden sich sicher die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die werktuhrigen Besorgnisse der Stadtväter in's rechte Licht zu rücken. Ob es aber gelingen wird, die ursprüngliche Fassung zur Geltung zu bringen, ist fraglich. Sollte es nicht gelingen, so würde das neue städtische Arbeitsnachweisbüro nicht in dem Maße segnen können, wie es nach der vom Gewerbegericht ursprünglich beabsichtigten Organisation unter Einführung der Unentgeltlichkeit hätte geschehen können.

Zimmerlin ist die vom Stuttgarter Gewerbegericht und seinem Vorsitzenden ausgegangene Voreitung dankenswerth. Sie zeigt den Weg zu einer vernünftigen Organisation des Arbeitsnachweises, die im Staate ist, allen Ansprüchen, soweit sie nicht in Folge des Arbeitsmangels unerschöpflich sind, zu genügen.

Die Thatsachen haben bisher gelernt, daß sowohl die Gewerkschaftsnachweise, wie die Unternehmensnachrichten dieser Art ihren Zweck nicht erfüllt haben, daß sie nur mangelhafte Erfolge erzielen und auch nur erzielen könnten. Die französischen Arbeitsbörsen machen davon keine Ausnahme. Die Gegensätzlichkeit der bisherigen Organisationen für Arbeitsvermittlung hat sich als ein Hindernis für eine vernünftige Handhabung des Arbeitsnachweises erwiesen. In Stuttgart wird zum ersten Male der Versuch gemacht, eine gemeinsame Organisation zu schaffen. Sicher wird sie, richtig gehandhabt, viele der Schäden, die heute auf diesem Gebiete sich zeigen, beseitigen können. Die beiderseitige Theilnahme scheint uns eine gerechte Handhabung zu verbürgen; sie wird wenigstens ein System der Schürzelegierung der Arbeiter, wie es heute bei den Unternehmensnachrichten üblich ist, nicht anstrengen lassen.

Dass die Unternehmwerke den Arbeitern den Arbeitsnachweis allein überlassen, daran ist heute nicht zu denken. Und man kann es auch nicht einmal als absolut berechtigtes Verlangen anerkennen, denn es darf nicht vergessen werden, daß so lange die Theilnahme zwischen Unternehmern und Arbeitern besteht, Erster auf der Regelung des Nachweises gleichfalls berechtigtes Interesse haben. Es bleibt also nur die gemeinsame Verwaltung. Wie bei der Entscheidung der Streitigkeiten, so glauben wir, daß auch hier sich erfolgreicher mit der beiderseitigen gleichberechtigten Theilnahme operieren läßt.

Hamburger Echo.

Eine bemerkenswerthe Rede hat der Gouverneur Altgeld von Illinois am Labor Day in Chicago gehalten.

Zur Feier des Tages hatten die organisierten Arbeiter der Weltausstellung statt mehrere Picnic's arrangiert und auf einem derselben hielt der in neuerer Zeit viel genannte Gouverneur eine Rede, die weniger ihres Inhalts wegen bemerkenswert ist, als vielmehr des Redners halber, von dem sie ausging.

Altgeld begann seine Rede mit einem Hinweis auf die herrschende Krise, von der er sagt, daß sie das merkwürdige Schauspiel bleibe, daß Überfluss an Nahrungsmitteln herrscht und doch Menschen hungern, daß Kleidungsstoffe in Masse aufgestapelt, und doch Menschen einhergehen in ungenügender Kleidung. Tausende von Arbeitern trennen in den Straßen nach Arbeit suchend, und Hunderte von Beschäftigern vermachten sich bei Tag und Nacht das Hirn, um dem Banzrott zu entgehen.

Über die Aufgabe der Arbeiter weiß der bürgerliche Gouverneur folgendes zu sagen: „Die Arbeit hat nur langsam den Platz erobert, auf dem sie heute steht. Tausende von Jahren waren Krieg, Raub, Plünderung, ehrliche Beschäftigungenarten. Und die Aufhebung der Sklaverei datirt von gestern.“

In diesem Jahrhundert hat der Arbeiter große Fortschritte gemacht. Die Kinder Israels zogen 40 Jahre in der Wüste umher bis sie das gelobte Land erreichten. In den letzten 40 Jahren sind die Kinder der Arbeit in der Wildnis umhermarschiert. Ihr habt noch nicht gesiegt. Ihr lagert nur auf der Höhebene, von wo Ihr die Schwierigkeiten der Vergangenheit besser verstecken und hoffen könnt auf eine höhere Gerechtigkeit und auf besseren Zustände für Euch und Eure Kinder. Viel ist noch zu thun.

Was ich zeigen will, ist die absolute Notwendigkeit jeder Klasse oder jedes Interesses, für sich selbst Sorge zu tragen in diesem heftigen Kampf um das Dasein. Ihr (Arbeiter) seid noch nicht so weit. In der industriellen Welt sowohl wie in der politischen Welt überleben nur jene Kräfte, welche sich behaupten können und die so beschaffen sind, daß ihr Einfluß sofort und direkt sich fühlt. Eine zerstreute Kraft, so groß sie auch ist, taugt nicht in den scharfen Kämpfen unserer Zeit. Dies ist eine Zeit der Konzentration. Die heutige herrschenden Faktoren, Korporationen und Kapitalisten sind konzentriert und durch die Konzentration hat die Zivilisation gewonnen. Nichts können diesen Gang der Ereignisse aufhalten. Mag der Arbeiter daraus etwas lernen. Seine Klagen sind bedeutungslos.

Ihr müsst im Stande sein, Eure Kämpfe selbst zu kämpfen. Stellt sich der Arbeiter den mächtigen Korporationen einzeln gegenüber, so wird er vernichtet.

Die Welt gibt nur, wenn sie muß, und respektiert nur die, welche sich Respekt erwirken.

Die Regierung ist durch die Macht ge- gründet und wird durch Macht kontrollirt.

Glaubt nicht, daß es genug ist, Gerechtigkeit und Billigkeit auf Eurer Seite zu haben, denn die Erde ist gefüllt mit Grübern von Flecht und Billigkeit, die nicht erkannt wurden, und so wird es sehr bis zum Mittentum.

Wenn Ihr zeigt, daß Ihr eine thäle, kontinente, sich in gesetzlichen Bahnen bewegende Macht seid, wird Euer Einfluß bei der Regierung sich bemerkbar machen. Ghet nicht.

An einer anderen Stelle seinerrede bewirkt Altgeld, daß es wahr sei, daß Arbeiter öfter Strafhaftsaufenthalte verurtheilt werden, weil sie glauben, daß sie um die Freiheit ihrer Arbeit betrogen würden. Man müsse sie verdammen, „aber“, fügt er wörtlich hinzu, „verdammnt müssen auch jene Pöbelhaufen in seinen Tuchrocken werden, die Thaten begingen, so gefeglos und schändlich wie nur jeweils ein Arbeitermob.“

Diese Sätze aus der Altgeld'schen Rede, bemerkt die „Newyorker Volkszeitung“, indigen als charakterstisch genügen. Wichtig ist, daß die Aussführungen des Redners nicht durchweg den Charakter der obigen Aussüge haben, immerhin sind obige Stellen bemerkenswert für die allgemeine Richtung, nach der sich der Gouverneur mit seinen Anhängersehrungen bewegte.

Mögen die Grinde, die den bürgerlichen Politiker Altgeld bewegen, sich in dieser Weise an die Arbeiterklasse zu wenden, sei, welche sie wollen — und es ist wahrscheinlich, daß ein gutes Stück Demagogie mit dabei im Spiele ist — Thatsache bleibt, daß seine Worte Beachtung verdienten. Es ist nichts Neues, daß der Arbeiterklasse Amerika zugerechnet wird: „Vereinigt Euch, Niemand wird Euch helfen, wenn Ihr Euch nicht selbst helft“; neu aber ist wohl, daß ein Klassen-gegner der Arbeiter, ein bürgerlicher Politiker, sich in dieser Weise äußert.

Streiks in Italien.

Die italienischen Arbeiter sind uns meist als Lohnräuber und sehr bedürfnislose Leute bekannt. Man ist von vornherein geneigt, anzunehmen, daß sie zum Klassenkampf nicht taugen, daß sie eine Art Klavis bilden. Diese Auffassung hat erst kürzlich wieder Rührung durch die Vorgänge in der Schweiz und in Frankreich bekommen, wo sich die elnemischen Arbeiter gegen diese Leute auflehnten. Indessen ist das Alles doch nicht so, auch in Italien sind Streiks an der Tagesordnung, auch dort gewinnt der Klassenkampf immer mehr Boden.

Eine interessante, auch nach anderer Richtung sehr lehrreiche Arbeit veröffentlicht Professor Dr. Werner Sombart im „Sozial-politischen Centralblatt“, die uns Aufschluß über diese Angelegenheit gibt. Demnach sind im Verhältnis der geringeren wirtschaftlichen Entwicklung Italiens — dies ist hinter Deutschland etwa ein halbes Jahrhundert zurück — die Streiks dort häufiger als in anderen Ländern. In den Jahren 1860 bis 1891 sind durch die Präfekten (höheren Polizeibeamten), die zur Anzeige aller Arbeits-einstellungen amtlich verpflichtet sind, 1709 Streiks gemeldet worden, in den Jahren 1879 bis 1891 allein 1056. Diese Zahl entspricht etwa derjenigen Frankreichs, wo von 1874 bis 1887 1073 Mal gestreikt wurde. In Frankreich ist die kapitalistische Entwicklung aber entschieden weiter vorgeschritten als in Italien.

Die kapitalistische Entwicklung ist auch nach Werner Sombart der Maßstab, an dem die Häufigkeit der Streiks gemessen werden muß. Es zeigt uns auch sehr treffend, daß man in den Gegenden Streiks so gut wie gar nicht kennt, wo der Kapitalismus seine Revolutionarbeit noch nicht begonnen hat; obgleich auch dort die gewerblichen Arbeiter recht zahlreich sind.

Unter den 1056 Streiks, die in den Jahren 1879—1891 stattgefunden haben, sind 159 Weberstreiks, an denen sich annähernd 40,000 Aussätzige beteiligten, wobei auch die Arbeiterinnen nicht gefehlt haben.

Aber häufig streiken heißt bekanntlich noch nicht erfolgreich streiken. Man kann im Gegenthil von vornherein annehmen, daß dort um so weniger erreicht wird, wo Streiks oft stattfinden. Gerade weil das Unternehmertum sich nicht geschlagen fühlt, darum setzt es den Arbeitern immer wieder Dauerschrauben auf und läßt die Gefahr wieder an sich herankommen. Die Arbeiter hingegen, fortwährend gefragt und immer in der größten Not lebend, haben nichts, aber auch gar nichts zu verlieren und darum beginnen sie um so öfter einen Streik. Den besten Willen bringt der Italiener mit, durch gemeinsame Arbeitseinstellung seine Lage zu verbessern. Der gute Wille bleibt auch während der Dauer des Streiks rege. Es wird ein weitgehendes Solidaritätsgefühl bei ihm beobachtet; des Streben, sich gegenseitig zu halten, die energische Bestrafung des Streikbrechers, aber alles reicht nicht aus. Es fehlt die zielbewußte Organisation, darum verlaufen die meisten Streiks für die Arbeiter ungünstig.

Von 1036 Streiks, deren Dauer bekannt ist, währen 642 1—3, 264 4—10, 180 über 10 Tage. Hieraus ersieht wir sofort, daß die Organisation fehlt. Die Durchschnittsdauer eines Streiks betrug hier 5,4 Tage. Wie ganz anders sieht dies in Ländern aus, wo starke Organisationen bestehen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika ergibt sich (1881—1886) eine Durchschnittsdauer von 21,9 Tagen; in England ergibt sich bei 110 Streiks die Durchschnittsdauer von 4,7 Wochen. Je stärker die Organisationen, je seltener die Streiks, je intensiver sind dieselben aber auch. Die diesbezüglichen Daten entsprechen genau dem Stande der kapitalistischen Entwicklung. Wir finden klarlich erst bei der österreichischen Statistik, daß die Streiks von längerer Dauer die meisten Erfolge erzielen, da stehen aber auch Organisationen auf dem Schlachtplane, obgleich dieselben sich noch nicht vollständig entwidelt haben, sonst muss sich das Verhältnis den englischen nähern. Ohne Organisation bilden die kurzen Streiks nur Ausbrüche der Verzweiflung und helfen nichts.

Es ist nun ganz selbstverständlich, daß sich auch die Forderungen der Arbeiter nach dem Stande der kapitalistischen Entwicklung richten, dafür sind die Angaben über die Streiks in Italien wieder ein vollgültiger Beweis. Von 1075 Streiks (Mitte 1878 bis 1891) war die Ursache bei 557 Verlangen nach Lohn erhöhungen, 78 Verlangen nach Verkürzung ihrer Arbeitszeit — erst kürzlich ging eine Notiz durch die Presse, daß Arbeiter in Italien die Verkürzung ihrer Arbeitszeit auf 12 Stunden forderten —, 119 Widerstand gegen Lohnherabsetzung, 20 Widerstand gegen Verlängerung der Arbeitszeit, 60 Soldatenversicherungen mit anderen Streikenden, 88 Auflösung gegen disziplinarische Maßregeln, 49 Streik über Modalitäten bei Lohnzahlung, 28 Streik über die Regelung der Arbeitszeit (auschließlich der Länge), 117 verschieden. Diese Streiksachen sind ein vollgültiger Beweis, daß Italien auf einer sehr niedrigen Stufe der kapitalistischen Entwicklung steht. Die Lohnforderungen spielen die Hauptrolle, der Arbeiterstand steht dort ganz erbärmlich.

Um ein Bild davon zu geben, in welchem Maße die Arbeiter in die sozialen Kämpfe hineingedrängt werden, wollen wir noch folgende Zahlen mittheilen:

1880—83 177 mit 32,926 Theilnehmern,
1884—87 331 " 100,105
1888—91 455 " 125,431 "

Also wir sehen, daß die Massen immer größer werden, die auf dem sozialen Kampfplane erscheinen, die Arbeiterbewegung wird auch in Italien immer lawinenartiger. Diese Thatsache muß notwendigerweise dazu führen, daß sich die Arbeiter eine feste Organisation geben, sie muss dazu führen, daß auch dort die Arbeiter sich immer fester umgrenzte Ziele stellen. Es erscheint uns die Zeit nicht mehr allzufern, wo uns der italienische Arbeiter nicht mehr als Null entgegentritt, sondern verucht, in seiner Heimat thatkräftig in die Triebfedern zu greifen, die seine elende Lage bestimmten. Die soziale Revolution, die so sehr gefürchtet wird, hat auch in Italien ihren Anfang genommen und wird nicht eher zum Stillstand kommen, bis sie siegreich durchgeführt sein wird. Wir können hier sagen: „Und sie bewegt sich doch!“

Bericht des Belgischen Metallarbeiterverbandes an den Internationalen Metallarbeiter-Kongress in Zürich, den 4. und 11. August 1893.

(Erstattet von E. Pierron.)

Der „Nationale Metallarbeiter-Bund“ besteht seit 8 Jahren, er setzt sich zusammen aus den Syndikaten und Gewerkschaften der Metallarbeiter-Korporationen, die sich den Bundesstatuten unterziehen; die Mitgliederzahl beträgt ungefähr 2000, Verbündete 40,000, wovon 5000 in Gewerkschaften und Syndikaten vereinigt sind.

Die hauptsächlichsten Bedingungen zur Annahme sind:

1. Annahme des Programmes der Arbeiterpartei;
2. Einbezahlung eines monatlichen Beitrages von 15 Cts. per Mitglied an das Generalkomitee; diese Klasse, genannt „Streikklasse“, ist ausschließlich für die von den Arbeitgebern Gewissensregeln bestimmt; sei es wegen Festhalten am Lohn oder wegen Vertheidigung des Vereinigungsrechtes;
3. Einbezahlung eines monatlichen Beitrages von 5 Cts. per Mitglied an das Generalkomitee zur Besteitung der Verwaltungsosten und Entwässerung an den Sekretär.

Die hauptsächlichste Ursache der beständigen Mitgliederzahl (Bundesmitglieder) ist jedenfalls den niedrigen Lönen und insbesondere dem Druck der Arbeitgeber zuzuschreiben, die ihre Arbeiter nach Belieben ausbeuten, ermuthigt durch die Regenten, die an der Spitze des Landes sind, und die den Arbeitern unserer Arsenale Löhne von 80 bis

45 Kr. per Stunde, ja sogar noch weniger als das bezahlen.

In der Provinz Sachsen, in Seraing, hatten wir vor etwas mehr als 2 Jahren 8000 Anhänger gemacht; nach dem zweiten Streik für das allgemeine Stimmberecht war der Ton und die Stimmung der Arbeitgeber derart, daß die Arbeiter, welche dafür bekannt waren, einer Gewerkschaft anzugehören, unbedingt fortgeschickt wurden. Den Gewerkschaften war es unmöglich wieder Arbeit zu finden, dank des von diesen Ausbeutern praktizierten Angeberystems, die besonders in der Provinz Sachsen gegen die Arbeiter, die nur ihre politischen Rechte und ein wenig Platz an der Sonne verlangten, in einer Weise gehandelt haben, die empörender nicht hätte sein können.

Der Kampf für unsere politischen Rechte hat notwendigerweise während dieser Periode von 4—5 Jahren die Unzertrennlichkeit der Metallarbeiter des ganzen Landes auf sich gezogen; die Energie der großen Mehrheit, man könnte fast sagen sämtlicher, hat sich auf die Bewegung für das allgemeine Stimmberecht konzentriert.

Im Jahre 1891 war es, nach der Meinung von Jedermann, hauptsächlich den Metallarbeiter Brüssels zu danken, daß das Zentrum einstimmig die Verfassungsrevision im Beitracht zu geben beschloß. Seitdem war die Propaganda und die Zahl unserer Anhänger in stetem Wachsen, so daß bei unserem letzten Streik im April ds. Jhs. alle Metallarbeiter des Landes, ob in den Gewerkschaften oder nicht, den Generalstreik mitmachten und für sich einen guten Theil des Erfolges beanspruchen durften, indem sie die vereinigte Delegation von rechts und links dazu zwangen, das allgemeine Stimmberecht zu beschließen, das, wenn auch gemildert durch die Mehrstimmberecht, nichtsdestoweniger ein ungeheuerer Erfolg für die ganze Arbeiterpartei ist.

Seit diesen Ereignissen hat unser Bund eine große moralische Kraft auf die Arbeitgeber und auf die nicht organisierten Metallarbeiter erlangt, die, wie wir hoffen, innerlich mit uns einig gehen, und bald die Deutschen der nationalen Metallarbeiterarbeite vergüthern werden.

Schon lange haben wir die Notwendigkeit begriffen, daß die Arbeiterpartei eine Maßregel zu treffen habe in Bezug auf die Berufsverbände.

Vor nicht als 3 Jahren, am Nationalen Kongress, gehalten in Berlin, war ich durch den Bund beauftragt gewesen, einen Bericht über folgenden Vorschlag zu machen:

"Alle der Arbeiterpartei angehörenden Gewerkschaften sollen ihrem Berufsverband angehören."

Dieser Vorschlag wurde an den im darauffolgenden Jahre in Namur stattgefundenen Kongress überwiesen und dabei mit einer Frist, die mit März dieses Jahres zu Ende ging, beschlossen, um den Gewerkschaften Zeit zu geben, ihre Maßnahmen für diese neue Bestimmung zu treffen, welche den Berufsverbänden zu einer großen Wohlthat werden und denselben eine größere Ausdehnung geben würden.

Nach dem Beschuß des Kongresses in Genf, der dieses Jahr stattfand, hat der Generalrat schon eine Broschüre erscheinen lassen, welche die Notwendigkeit der Gewerkschaften behandelt, dieselbe war in 100,000 Exemplaren gedruckt und den Gruppen verkauft worden, welche es übernahmen, sie zu verbreiten oder zu verteilen.

Diese verschiedenen Maßnahmen und das allgemeine Stimmberecht werden endlich die Gleichgültigen aus dem Todeschloß, dem sie verfallen zu sein schienen, aufwecken. Schon sehen die Gewerkschaften die Zahl ihrer Mitglieder sich täglich vermehren, aber um die Widerständigkeiten zu überzeugen, muß der Kongress in Zürich ernste Maßnahmen ergreifen, welche im Verhältniß stehen zu der Korporation, die fast durchwegs die gleiche ist auf dem ganzen Kontinent.

Es ist nötig, daß die internationale Solidarität zur Wirklichkeit werde und daß die Metallarbeiter endlich das Beispiel der wahren Brüderlichkeit zeigen; es dürfen für uns keine Grenzen mehr bestehen und wir wollen ernstlich vorwärts schreiten zur Eröberung der Menschenrechte; es soll das Recht auf Existenz gesichert werden durch das Recht auf Arbeit. Kameraden, es ist endlich nötig, wenn zu unserer Seite oder in der Ferne wir die verzweifelten Hilferufe von Vätern hören, die sich beklagen; es ist notwendig, daß die Arme der Metallarbeiter der ganzen Welt, wohin die Hilferufe auch kommen, für dieselben Stellung nehmen, daß sie unverzüglich auf die Notshölle der unglücklichen ausgebütteten, gefalteten, in Elend und Not umkommenen antworte, aber nicht nur mit guten Worten, sondern mit dem festen Willen, ihren Leidern und diesen Unbilligkeiten eines andern Zeitalters ein Ziel zu setzen, der Inquisition und der Barbarei sind diese würdig.

Es lebe die Internationale der Arbeiter!!!

Korrespondenzen.

Metall-Arbeiter.

Altona. Eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen fand am 13. September im "Schweizerhaus". In derselben hielt der Fleischstagsabgeordnete Herm. Molkenbuhr einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, über den wirtschaftlichen Kampf und die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation. Redner schilderte in eingehender Weise die wirtschaftlichen Kämpfe und die Entwicklung der Technik und bewies durch Zahlen, in welch ungeheurem Weise die menschliche Arbeitskraft durch die Maschine verdrängt wird. Er forderte die Anwesenden auf, sich der Organisation anzuschließen. — Sodann erstattete der Vertrauensmann die Abrechnung. Dieselbe ergab eine Einnahme von M. 44,95, eine Ausgabe von 31,80, wobei der Bestand 13,60. Die Abrechnung wurde genehmigt. Beim 3. Punkt: Die Metallarbeiterkonferenz in Flensburg, wurde beschlossen, dieselbe durch 2 Delegierte zu besetzen. Die Kollegen Schönfeld und Wiggeler wurden als Delegierte gewählt. Die Diäten wurden auf 6 M. per Tag sowie Fahrt 3. Klasse festgesetzt. Die Delegierten wurden aufgefordert, etwas mehr für die Kapitation zu sorgen. Einem Antrage, zur Deckung der Tagessosten eine Zellersammlung vorzunehmen, konnte nicht Bechnung getragen werden, weil die überwachenden Beamten dieselbe nicht gestatteten.

Ahlenburg. Der Schlossermeister Düte hatte eine auf Submission vergebene städtische Arbeit infolge seines beschiedenen Preises zu machen erhalten. Selbige war ungefähr zu zwei Drittel fertig, als der biedere Unternehmer erst entdeckte, daß er sich in seiner Berechnung gewaltig getröst, zumal er auch die sich ausbedeutende Summe auswährendlich in Staken weggeholt hatte. Er hoffte nun mehr, der Stadtrath würde ihm das noch fehlende Geld zur Vollendung seiner Arbeit nachbewilligen. Doch es kam anders. Die Arbeit wurde ihm abgenommen und einem anderen Meister übergeben. Damit war die Sache erledigt. Nun beschäftigte unser Mann aber zur selben Zeit 4 Gesellen, welche gleich darauf entlassen wurden und ihren Lohn von 14 Tagen einzubüßen hatten. Düte erklärte einfach: "Holen Sie sich Lohn auf dem Rathaus, ich habe nichts." Dasselbst wurde den Gesellen mitgetheilt, daß Düte nichts mehr zu fordern habe. Sowohl blieb den Geschädigten nur noch der Flugweg übrig. Düte wurde zwar verurtheilt, Alles zu bezahlen, jedoch wo nichts ist, hat der Kaiser das Recht verloren, lautet das Sprichwort. Hierauf beantragten die Kläger Manifestation. Zum angesetzten Termine sah sich der biedere Innungsmester jedoch nicht veranlaßt, zu erscheinen, sondern ließ es darauf ankommen, zu einem späteren Termine zwangswise vorzuführt zu werden. Da er aber fürchtete, vielleicht 4 Wochen hinter eisernen Gardinen zu stecken, erwiderte sein Innungsherr und er leistete den Oftbarungseid. Unser 4 Kollegen haben somit für diese Innungssitzung 14 Tage unsonst gearbeitet. Hoffentlich kommen bald recht viele Kollegen hierher, um bei Düte einmal arbeiten zu dürfen. — Beinahe zu belägen hätten wir noch unser früheres Mitglied M. Pleigner. Dieser Würdige kann, nach seiner Aussage, die rothen H... nicht leiden und hat es für ehrenvoller gehalten, dem Militärverein anzugehören. Wohl ihm! Hoffentlich erfreut sich deshalb die hiesige Zahlstelle eines fortgesetzten Zuflusses.

Anmeller. Am 16. September fand die erste Versammlung des D. M.-V. statt, in der Genosse Vohl aus Landau über Zweck und Augen der Gewerkschaftsorganisation unter großem Beifall referierte. Darauf kritisierte Genosse Aderhold die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften und forderte die Anwesenden zum Beitritt in den D. M.-V. auf, worauf sich 12 Männer einzeln erheben und das Versprechen gaben, in kürzester Zeit noch mehr Fachgenossen mitzubringen. Wenn die Anzahl der Mitglieder auch noch so klein ist, so wird sie hoffentlich durch die wachsende Einsicht sich bald vermehren, denn 18 Stunden — schreibe dreizehn Stunden — Arbeitszeit des Tages ist entschieden zu viel. — Kollegen, seht Euch vor, wenn Ihr mit der Firma Ulrich & Söhne in Verbindung tretet, die einen Lohn von 20—35 M. versprechen, bis aber Niemand verdient, nicht einmal bei 18stündiger Arbeitszeit.

Balen. Am 3. September hielten wir im Gasthaus zum "Hirsch" eine öffentliche Metallarbeiterversammlung ab. Dieselbe war den hiesigen Verhältnissen gemäß gut besucht, zumal da die Gründer Genossen, 15 Männer stark, und einen Besuch abstatteten. Nachdem Genossen Kienzle aus Gründen des Vorfalls übertragen, erhielt Genosse Thiele aus Göppingen das Wort. In einer 1½stündigen Rede behandelte er das Thema: "Warum organisieren wir uns?" Zu klaren Worten führte er den Nachweis, die Notwendigkeit vor Augen, sich einer Organisation anzuschließen, denn nur dadurch könne der miß-

lichen Lage des arbeitenden Volkes abgeholfen werden. Zum Schlus brachte Genosse Kienzle folgende Resolution ein, welche einstimmig angenommen wurde: "Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Vorträgers einverstanden und erklärt, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Befreiung der Arbeiterklasse wirken zu wollen."

Dresden. Eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter fand am Sonntag den 17. d. M. in Vorstadt Striesen in der "Deutschen Eiche" statt. Genosse Fräsdorf referierte über "Die wirtschaftliche Lage". Er besprach die Entwicklung der Maschinenbaukunst und die dadurch eintretende immer bedrohlicher werdende Arbeitslosigkeit. So dann schilderte er die soziale Gesellschaft in ihrer, den tatsächlichen Verhältnissen absolut nicht entsprechenden Unwollständigkeit. Der Redner kam dann auf den Krieg und seine Folgen für den Arbeiter und schließlich auf die Organisationsbestrebungen der Arbeiter zu sprechen und forderte zum Schlus zu zahlreichem Beitritt zum Metallarbeiter-Verband auf, damit durch eine kräftige und starke Organisation der Ausbeutung durch den Kapitalismus ein ganz energisches Halb entgegengesetzen werden könne. Weicher Beifall lohnte dem Referenten am Schlus seinerrede. Zum 2. Punkt: Gewerkschaftliches und Wahl eines Vertrauensmannes für die Vorstadt Striesen und Umgegend, betonien die Genossen Haak und Haase die Notwendigkeit eines Vertrauensmannes und wurde deshalb Genosse Dr. Scheinpflug einstimmig als solcher gewählt. — Aufnahme neuer Mitglieder, Entgegennahme der Beiträge sowie Ausgabe der "Deutschen Metallarbeiter-Zeitung" findet jeden Sonnabend, Abends von 8—10 Uhr in der "Deutschen Eiche", Vorstadt Striesen, Hüttenstr. Nr. 1 statt.

Frankfurt a. M. Zur am 16. September abgehaltenen gemeinsamen Ortsversammlung der Metallarbeiter sprach Herr Dr. Quard über den Werth der Statistik. Redner legte in seinem einstündigen Vortrag den Unwesenden klar, daß die Arbeiterstatistiken dazu berufen sind, der herrschenden Klasse die schlechte Lage der Arbeiter zahlenmäßig zu beweisen. Es müsse deshalb jeder Arbeiter sich über den Werth der Statistik klar werden, um dann zu erkennen, welche Waffe er in Händen hat. Ueberhaupt wäre es sehr gut, wenn der Verbandsvorstand an die Statistokommission für Arbeiterstatistik mit dem Antrag herantrate: Eine Metallarbeiterstatistik von ganz Deutschland aufzunehmen. Der Bevörde würde dann zugleich gezeigt werden, daß es einen Metallarbeiterverband mit 30,000 Mitgliedern gibt. Weicher Beifall wurde dem Redner am Schlus seines Vortrages gezollt. Zum 2. Punkt: Beschlußfassung über die Durchführung einer Statistik in der Metallbranche für Frankfurt und Umgebung war folgende Resolution eingelaufen: "Die heutige Ortsversammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und hält es für das Beste, unsere Statistik vorläufig zu unterlassen zu Gunsten der Arbeitslosenstatistik, welche das Gewerkschaftskartell plant. Damit dieselbe möglichst vollständig wird, verpflichtet sich jeder der Anwesenden, die letztere Statistik thatkräftig zu unterstützen." Diese Resolution wurde angenommen. Zum 3. Punkt: Wahl eines Bibliothekars, wurde als solcher Kollege Breitbach gewählt. Zur Verschiedenen wurde aufgefordert, am Sonntag früh die Gräber der gefallenen Freiheitskämpfer zahlreich zu besuchen.

Grüneberg i. Suhl. Es ist fast unglaublich, wenn man liest, daß in einer Industriestadt, wie unserm Grüneberg, eine Mitgliederversammlung bei der ohnedies geringen Zahl von Mitgliedern nur von neun Kollegen besucht war. Und doch war dies der Fall am Sonnabend, den 16. September. Es ist anzunehmen, daß sich wirklich die Kollegen fürchteten, eine Versammlung zu besuchen. Die Furcht, zum Winter entlassen zu werden, scheint sie daran zu hindern. Doch andernfalls scheint auch der hohe Verdienst von 17, 18, 19 M. pro Stunde mitzuwirken, daß es nicht nötig ist, sich einer Organisation anzuschließen. Es werden lieber Fälle veranstaltet mit Entgelten von 1 M., das Geld wird lieber den Gastwirten in den Hals geworfen, welche es nicht für nötig halten, zu einer Arbeiterversammlung ihren Saal rieb. Ihr Lokal zur Versammlung zu stellen, sondern einfach verweigern. Zu solchen Zwecken ist freilich Geld da, aber wenn man daran erinnert, die Betreffenden möchten dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten und dafür sorgen helfen, daß die Zahl der Mitglieder wächst und wir unseres Ziele näher treten, dann bekommt man sie unter Achselzucken den Bescheid: Ja, ich habe kein Geld! Schon so oft und immer wieder wird diesen Elementen hier an dieser und an so vielen anderen Stellen die Mahnung auf's Herz gelegt, welche wir wiederholen: Bedeutet, daß wir auf diese Weise unsern Ruhm entgegenbringen! Erwacht ehe es zu spät ist! Wir wollen uns nicht dem Vergnügen weih'n, sondern Hand in Hand, Mann für Mann einzutreten für die

Organisation, welche uns erreiten soll vor der Wacht der industriellen Kapitalisten, die uns durch Lohnverkürzung und Arbeitszwang zu vernichten suchen. Ein solche Organisation ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband, darum folgt Eile, die Ihr Euch Metallarbeiter nennet, dem Ruf: Treter ein in den Verband, vereint Euch, schaue Euch zusammen unter unserer Fahne, und zieht einig aus auf das Schlachtfeld unserer Zeit. Stehe jeder fest und thue seine Pflicht, so wird es uns gelingen, den Sieg auf unsere Seite zu bringen. Einigkeit macht stark! Vortwärts sei unsere Lösung!

Fahr. In unserer Mitgliederversammlung am 16. September wurde nach Aufnahme von 2 Mitgliedern der Aufruf des Büros vom internationalen Metallarbeiterkongress in Zürich verlesen, worüber sich eine Diskussion entspann. In Folge Abreise unseres Bevollmächtigten Dehler wurde Kollege Karl Weigel zum Bevollmächtigten gewählt. Zum Schlus wurden die Kollegen erzählt, die Versammlungen immer zahlreich zu besuchen.

Potschappel. Zugang der Klempner ist wegen bedenklicher Lohnreduktion von Deuben bei Dresden fernzuhalten.

Rudolstadt. Es ist nun an der Zeit, auch einmal etwas von unserer Verwaltungsstelle hören zu lassen. Wir leben in einer herrlichen Gegend, die Arbeitszeit beträgt nicht mehr 10, sondern 12 Stunden täglich. Auch haben wir noch viel mit unseren Lebensarbeiter zu schaffen, weil der große Theil von ihnen noch nicht zur Organisation gehört. — Besonders zu vermerken ist das Verfahren eines hiesigen Schlossermeisters H. Bei demselben hatte ein junger Genosse seine Arbeit gefündigt; als er nun nach Ablauf von 14 Tagen seine Arbeit niedergelegt, wollte er am Sonnabend Nachmittag um halb 2 Uhr seinen Lohn in Empfang nehmen, weil er um 2 Uhr von hier wegfahren wollte. Als er nun auf das Zimmer des Meisters kam, sah ihn dieser mit den Worten an: "Was haben Sie auf meinem Zimmer zu thun, ehe ich Sie rufen lasse?" Der Genosse erklärte nun die Ursache. Der Herr Schlossermeister H. erwiderete, daß gehe ihn nichts an, der Kollege müsse einfach warten bis es ihm (dem Meister) gelegen wäre, ihn rufen zu lassen. Nun blieb unser Genosse nichts anderes übrig, als dem Zug nachzusehen, weil er den Lohn erst nach 2 Uhr ausbezahlt erhielt. Wir glauben nun, daß wir uns solche Meister, wie der Herr H. einer ist, merken sollen, und zwar ganz besonders deshalb, weil es einer von der Sorte ist, die auf 2 Gesellen 5 Belegschaften halten.

Stettin. Eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung fand am 16. Sept. im Lokale von Miehner statt. Neben das Thema: "Was scheidet die Gewerkschaftsbewegung von der politischen?" referierten die Kollegen Nörten und Bebold aus Berlin. Nörten führte etwa Folgendes aus: Viele, die auf dem politischen Gebiete gute Genossen sind, sind auf die Gewerkschaften sehr schlecht zu sprechen. Diese denken, wenn sie ihren Beitrag an den Wahlverein entrichten haben, haben sie genug gethan. Dieselben sind entschieden im Irrthum, denn gerade durch die Gewerkschaft wollen wir uns im heutigen Staatswesen bessere Lebensbedingungen erzielen, als da sind: Einführung des gesetzlichen Reichstags, höhere Löhne u.s.w. Als Beispiel, daß auf gewerkschaftlichem Wege allein auch nichts zu erreichen sei, führte Redner die englischen Gewerbevereine an; nur wenn beide, die gewerkschaftliche sowohl wie die politische Bewegung Hand in Hand gehen, sei etwas zu erreichen. Redner sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Kollegen sich so schlecht an der Organisation beteiligen, da hier früher doch eine stärkere Organisation der Metallarbeiter bestanden habe; er hofft, daß es in Zukunft besser werde. Mit den Worten: "Getrennt marodieren und vereint schlagen", schloß er seinen bisällig aufgenommenen Vortrag. Hierauf sprach Bebold etwa Folgendes: Nach den Ausführungen des Vortredners bleibe ihm nur wenig zu sagen übrig. Vielleicht sei die Ansicht vertreten, die politische Bewegung unverdienstlich die gewerkschaftliche; dieses sei aber nicht der Fall. Andere streiten sich wieder um die Form, ob Total- oder Zentralorganisation; richtig sei jede Organisation, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht. Auch diese Ausführungen wurden beispielhaft aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt; Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Ein Antrag, den Bericht über das Gewerkschaftskartell zu verlesen, wurde angenommen. Hierauf verlas Kollege Scheffler den Bericht. Nachdem noch Kollege Schmidt die Anwesenden aufgefordert hatte, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Uma. Es ist traurig, aber wahr, und man sollte meinen, daß solche Zustände unmöglich seien, aber hier in Uma wird das unmöglich möglich gemacht. Ein Kollege arbeitete in Königslorn bei Hugo Offrem,

Klemppner, und hat am 27. August eine Verwaltungsstelle des D. M. B. gegründet, wobei er auch als Vorstand gewählt wurde. Als der Verband 14 Tage am Leben war, machte dem Kollegen die Polizei viel zu schaffen, denn sie wußte nichts Gütigeres zu thun, als zum Arbeitgeber zu gelingen. Ein Schuhmann, D., sagte zum Arbeitgeber: "Was thun Sie mit einem solchen Kerl im Hause, der ist ja Sozialdemokrat. Solche Kerle müssen Sie hinausschaffen." Ein zweiter mit Namen G. hat ihn in einer Wirtschaft, wo der Arbeitgeber mit dem Lehrjungen arbeitete, ebenfalls schön klärt, worauf der Arbeitgeber sagte: "Ja, ich werde die Sache ändern" — und der Kollege wurde gemahngelt. Auch sagte der Arbeitgeber, er habe schon zwei Mal zum Bürgermeister gehen müssen und wolle nichts mehr mit der Polizei zu schaffen haben. Er selbst war früher Sozialdemokrat, hat aber jetzt eine reiche Frau geheirathet und da kann er ja gut davon ablassen, denn die Arbeiter müssen ja das Geld für ihn verdienen. Über es ist eine Schande, solche Löhnne zu bezahlen, denn hier in Lübeck ist der Lohn auf 5-7 M. gestellt. Auch zu dem Arbeitgeber unseres nachherigen Bevollmächtigten F. St., der Firma Weilenbach, kamen Schuleute in's Geschäft und in die Wohnung des Arbeiters geschobt. Die Polizei sollte sich um ihre Geschäfte kümmern und ehrliche Leute in Ruhe lassen.

Wandsbede. Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung am 8. September. Tagesordnung: 1) Die Bedeutung und der Werth einer Gewerkschaftsorganisation. 2) Wie stellen wir uns zur Beschickung der Metallarbeiterkonferenz in Flensburg? 3) Wahl eines Delegierten zu derselben. 4) Verschiedenes. Als Referent war Genosse W. Pfannfuchs aus Hamburg erschienen. Derselbe schilderte in verständlicher Weise, warum es notwendig sei, daß die Arbeiter sich organisieren. Der interessante Vortrag fand große Anerkennung bei der Versammlung. Es war folgende Resolution eingegangen: "In Übereinstimmung mit der heutigen Produktionsweise und der immer weiter sich entwickelnden Technik ist es dem einzelnen Arbeiter nicht möglich, gegen die daraus für die Arbeiter erwachsenden Missstände anzutreten. Deshalb verpflichtet sich die am 8. September in der 'Harmonie' in Wandsbek tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, mit aller Macht dahin zu wirken, daß möglichst alle Arbeiter einer Organisation angehören." Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Fleissner empfahl dringend, die Konferenz in Flensburg durch einen Delegierten zu beschilden. Dies wurde einstimmig angenommen. Als Delegierter wurde Kohle gewählt. Es war folgender Antrag eingegangen: "Die organisierten Kollegen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Zahlstelle Wandsbek, ersuchen die Konferenz der Metallarbeiter in Flensburg, in Erwägung zu ziehen, in wie weit und auf welche Art das planlose Gehalts-Abzugsungestaltungssystem abzuschaffen, eb. zu mildern ist." Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Lampre sprach zu Punkt 3. Da sich weiter keiner mehr zum Wort gemeldet hatte, schloß der Vorsitzende, nach einer Aufrufung zum Eintritt in den Verband, die Versammlung.

Zug (Schweiz). Wie an allen anderen Orten die Parole des Kapitals Ausbeutung der Arbeiter ist, so auch hier in der Metallwarenfabrik Zug. Genaunte Fabrik (Aktiengesellschaft), durch größere Aufträge der "Schweiz. Petrol-Handelsgesellschaft" in den Stand gebracht, Arbeiter bei angeblich "gutem Lohn" einzustellen, versteht es sehr gut, die Löhne bis auf das denkbar niedrigste Niveau herabzudrücken. Der Taglohn beträgt für Spengler bei 11stündigiger Arbeitszeit 4 Fr. (36 Ct. pro Stunde). Im Altkord kann man bis 6 Fr. angeben, derjenige aber, welcher mehr als 6 Fr. angibt, läuft Gefahr, den Mehrbetrag gefürzt zu erhalten. In welcher Weise die Altkordpreise herabgedrückt werden, geht aus Folgendem hervor: Bei Feststellung des Altkordes wurde für eine Arbeit 50 Ct. pro Stück geboten, man war im Stande 11-1200 Stück per Tag fertig zu stellen, sodass within der Verdienst 5,50 bis 6 Fr. betrugen hätte. Als man jedoch am Tagtag sein Lohnbuch durchsah, bewerkte man, daß die festgesetzte Summe von 50 auf 40 Ct. reduziert war, ohne den Arbeitern nur ein Wort zu sagen. Die Folge hieraus war, daß am nächstfolgenden Tage sofort reklamiert wurde. Wir erhielten für dieselbe die gefürzten 20 Prozent noch heraus, für die auf den nächstfolgenden Tagtag fallende Arbeit blieb es auf Befehl des Herrn "Direktor" bei 40 Ct. Nun, die inhaltiven 20 Prozent Abzug hat der Herr Direktor vermutlich zur Unterstützung an seine Landsleute nach Brunn gesegnet! Über? — Am Samstag, den 16. September kam der Vorarbeiter mit einem Schreiben aus dem Bureau in die Werkstatt, in welchem mitgetheilt wurde, daß vor jetzt ab die Preise um 15 Prozent gefürzt werden. Da es nun durch etwaige Kündigung zu nicht ausgeschlossen ist, daß die Direktion durch Annoncen in Zeitungen (be-

sonders „Zeitung für Blechindustrie“) Arbeit unter allerhand Versprechungen an sich zu locken sucht, so möchten wir hiermit alle Kollegen, besonders die organisierten, auf diese Firma aufmerksam machen und dringend vor warnen, nach hier zu kommen, da sich die Betreffenden in ihren Erwartungen hinter lassen und nach kurzer Zeit auf die Straße gesetzt sehen würden. Den Bogen Arbeitern aber möchten wir empfehlen, statt Brieftasche und Lassenhose unter den fremden Arbeitern zu schützen, lieber aus ihrem Schlaf zu erwachen, sich aufzurichten zur Organisation, um als geschlossenes Ganze den verschlungenen Uebergriessen des Kapitals entgegenzutreten. Die Massenentlassungen der Schlosser müssen Euch beibringen, daß nicht die fremden Kollegen, sondern der "geheiligte Geldsack" unser Feind ist, so lange Ihr aber nicht im Stande seid, zu denken und zu handeln, sind auch für Euch die Worte: "Nur die allergrößten Käbler wählen ihre Freiheit selber" am Platze, und müsst Ihr Euch für jede Entwicklung, für jede Euch angehende Schnauze noch bedanken!

Metalldrücker.

Nürnberg. In der letzten Mitgliederversammlung der Sektion der Metalldrücker wurden unter Anderem die Missstände in der Popp'schen Metallwarenfabrik, Weissenstraße Nr. 52 dahier, einer eingehenden Erörterung unterzogen. Den Arbeitern betreffender Fabrik wurde am 12. d. M. eine sogenannte Arbeitsordnung eingehändigt, welche, gelinde gesagt, als Strafordnung bezeichnet werden könnte. Inspräkum wird mit 10-20 J. bestraft bei einer Zeitdifferenz von 5-10 Minuten und soll die Zeit nach der Werkstattuhr bestimmt werden; da aber eine solche überhaupt nicht existiert, so liegt es im Belieben des Herrn Popp, nach Willkür Strafen zu verhängen. § 12 der Arbeitsordnung bestimmt: Der Lohn wird vom Montag bis Samstag einschließlich berechnet und am Samstag ausbezahlt. Wie jedoch Herr Popp diese Bestimmung einzuhalten gedenkt, möge daraus ersehen, daß die Arbeiter Samstags nach Arbeitsschluss von 5 bis 9 Uhr warten müssen und häufig bis Sonntag Vormittag, um ihren Lohn in Empfang nehmen zu können. Auch ist das Altkordsystem eingeführt, und wie dadurch die Arbeiter noch geschädigt werden, möge aus dem Umstand ermessnen werden, daß von Zeit zu Zeit das zur Arbeit gehörige Metall nicht in genügendem Quantum vorhanden ist, was zur Folge hat, daß den Arbeitern hierdurch manche Woche ein Zeitverlust von 1½ bis 2 Tagen erwächst. Die Arbeiter der Popp'schen Fabrik würden sich mit fraglicher Arbeitsordnung einverstanden erklären, wenn sich Herr Popp verpflichtete, spätestens Samstag Abends 6 Uhr den Lohn auszubezahlen, ferner für genügendes und besseres Werkzeug Sorge zu tragen und dafür zu sorgen, daß die Arbeiter künftig nicht mehr auf das Metall warten müssen. Das wurde Herrn Popp mitgetheilt. Darauf duzte derselbe, daß er überhaupt nichts annehme und wenn es den Arbeitern nicht recht sei, so könnten sie miteinander gehen. Fragliche Arbeitsordnung ist überhaupt ungültig, da dieselbe weder die Genehmigung vom Magistrat noch die Einwilligung der Arbeiter hat; es wäre schade für den Raum, welcher erforderlich wäre, in der Presse diese "Ordnung" näher zu beleuchten. Die Versammlung beschloß: den Arbeitern der Popp'schen Fabrik mit allen geistlich zu Gebote stehenden Mitteln beizustehen und dem Vorgehenden betreffender Firma ganz energisch entgegenzutreten. Es ist dies bereits geschehen, indem die Arbeiter dieser Fabrik die Arbeit eingestellt haben. Die Kollegen werden gebeten, bis auf Weiteres die bezeichnete Fabrik zu meiden.

Schlager.

Fürth. In einer der letzten Monatsversammlungen des D. M. B. Sektion der Schlager, erstattete H. Höfler im Auftrag der übrigen Delegirten Bericht über die Verhandlungen des 3. deutschen Schlagerkongresses. Derselbe wurde von allen Anwesenden mit grossem Beifall aufgenommen. Zum 2. Punkt, "Wahl eines Vertrauensmannes", wurde Kollege Jakob Horr mit großer Majorität als Vertrauensmann der Schlager Fürths gewählt. Bei "Verschiedenes" wurde vom Bevollmächtigten, sowie von verschiedenen anderen Mitgliedern der fortwährend schwache Besuch in den Mitgliederversammlungen bedauert und betont, daß es bei dem gegenwärtigen schlechten Geisteszustand sehr notwendig wäre, wenn die Kollegen ihre Versammlungen besser besuchten. Nachdem der Bevollmächtigte die Anwesenden aufgefordert hatte, in dieser Hinsicht eine rege Agitation zu entfalten, schloß er die Versammlung.

Zinngießer.

Dresden. Bezugnehmend auf die Bekanntmachung, daß Zugang von Zinngießern von Dresden fernzuhalten sei, sind wir endlich in der Lage, den Kollegen Folgendes zur Kenntnis zu bringen. Es handelt sich um den arbeiterfreundlichen und humanen Meister E. Dörfeling. So mancher Kollege, welcher

in seiner Sache gearbeitet hat, wird uns die genannten Eigentümlichkeiten des Herrn bezeugen können. Die Titulaturen, die er den Arbeitern manchmal angedeihen läßt, wollen wir nicht wiedergeben. Von diesem Herrn wurde ein Kollege, welcher ihm eine Reihe von Jahren seine besten Kräfte gewidmet hat, auf's Pfaster geworfen. Es ist dieses nicht der erste Fall, er hat bereits vor Jahren einen Kollegen, welcher 28 Jahre in diesem Geschäft thätig war, ebenso behandelt. Da es im Voraus zu ersehen war, daß mit diesem Herrn in Eile nichts zu erreichen sei, so erlaubten wir uns diese Angelegenheit der hier am Orte beständlichen Zunft zu unterbreiten. Der Wahrheit gemäß können wir nur bezeugen, daß der Herr Obermeister da einen sehr schweren Stand in dieser Sache hatte, indem alle anderen anwesenden Meister für unsere Angelegenheit einztraten. Es war mit dem geschilderten Herrn nichts zu wollen, auch gab er selbst zu, daß er nicht immer die höchsten Nebensachen führt, nur die Bezeichnung "rothe Hunde" bestätigt er entschieden. Es waren die Zeugen geladen, welche ihn überführten, doch Alles vergeblich. Er pocht natürlich auf seinen Geldbeutel und sprach nur mit Hohn von dem ganzen Verband, wobei er noch ansprach: Was brauchen wir Gesellen, wenn nur der Meister was kann und thutlich ist. Nun, wir wünschen ihm auch die genügende Ausbildung. Seine Leute sind nicht im Verband und er bildete auch diesen nicht. Kollegen, hier ist wiederum ein schieres Beilchen, wie notwendig es ist, daß Alle organisiert sind, um solchen Vorwürfemissen Trost bieten zu können. Der gute Mann sieht es ja ein, daß es nicht so leicht ist, einen richtigen Kollegen zu bekommen, deshalb nahm er seine Zuflucht nach einem kleinen Ort, um dort Leute für sich zu gewinnen, was ihm auch so weit gelungen ist, indem er einen Gesellen bekam. Herr Dörfeling glaubt, wir seien hier zu dummi und hätten kein wahnsames Auge auf seine Sache; da ist er aber gründlich auf dem Holzweg. Er hat dem neu eingestellten Kollegen die Wortschrift gemacht, daß er nicht mit den hiesigen Kollegen verkehren dürfe und auch dem Verband fern zu bleiben habe, natürlich nur, damit er ihn richtig ausnutzen kann. Trost dieses Angestelltes, welchen der Meister erließ, wünschen wir den Kollegen gleich am ersten Tag, wo er in Arbeit trat, für uns zu gewinnen, selbiger wurde sofort Mitglied des Verbandes und erklärte sich mit uns solidarisch. Deshalb, Kollegen, helft uns diesem Meister beweisen, daß die Zinngießer auch endlich sich aufzumachen, um ihre traurige Lage zu verbessern und gegen solches Vorgehen ganz entschieden Front machen. Die Löhne, welche der gute Mann zahlt, sind auch herzlich schlecht. Deshalb richten wir die Blüte an alle Kollegen, so viel wie möglich dahin zu arbeiten, daß derselbe so leicht keinen Gesellen erhält und Federmann gewarnt wird, nicht auf dessen Leim zu gehen. Was das Andere betrifft, so werden die hier am Ort befindlichen Kollegen Alles aufzudaten, was in ihren Straßen steht.

in seiner Sache gearbeitet hat, wird uns die genannten Eigentümlichkeiten des Herrn bezeugen können. Die Titulaturen, die er den Arbeitern manchmal angedeihen läßt, wollen wir nicht wiedergeben. Von diesem Herrn wurde ein Kollege, welcher ihm eine Reihe von Jahren seine besten Kräfte gewidmet hat, auf's Pfaster geworfen. Es ist dieses nicht der erste Fall, er hat bereits vor Jahren einen Kollegen, welcher 28 Jahre in diesem Geschäft thätig war, ebenso behandelt. Da es im Voraus zu ersehen war,

13 Wochen organisiert waren, die Zeit im Verband angedreht wird.

Die diesbezüglichen Erteigungen würden lauten:

1) Bei einem Vollberechtigten:

"Inhaber gehörte vom . . . ten . . . 18 . . . bis . . . ten . . . 18 . . . dem . . . Verein an und tritt nach Absolvierung seiner Militärzeit unterm Heutigen nach § 9 Abs. 3 des Statuts als vollberechtigtes Mitglied zum Deutschen Metallarbeiterverband über." (Ortsstempel, Datum, Unterschrift.)

2) Bei einem unter 13 Wochen Organisierten:

"Inhaber gehörte vom . . . ten . . . 18 . . . bis . . . ten . . . 18 . . . dem . . . Verein an und tritt unter Heutigem nach § 9 Abs. 3 des Statuts zum Deutschen Metallarbeiterverband über. Er gelangt am . . . ten . . . 18 . . . in den Besitz der vollen Rechte." (Ortsstempel, Datum, Unterschrift.)

* * *

Folgende Mitgliedsbücher werden für ungültig erklärt und sind ev. anzuhalten:
Nr. 21708 des Schlossers Ernst Wohlforth, geb. zu Böcknitz i. Th. am 5. Mai 1851.

Nr. 22747 des Klemppners Anton Horatschek, geb. zu Seiden (Siebenbürgen) am 1. Januar 1864.

Sobald machen wir darauf aufmerksam, daß mit Ablauf von September die erste monatliche Abrechnungsperiode schließt. Hinrichlich der Aufstellung, der Revision derselben zu verweisen wir auf die diesbezüglichen Bestimmungen.

Bon den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: Zellmeister von Chemnitz, Peine, Turner von Herosfeld, Klemppner von Alterburg, S. W. Metallarbeiter aller Branchen von Chemnitz, Mannheim, Metalldrücker von Nürnberg u. Zinngießer von Dresden.

All für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart,
Schlosserstraße 21, I.

zu richten und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerkern, ob das Gelb überwiegend Vermögen eines aufgelösten Vereines, Klubschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Parteigenossen!

Wie bereits in einer früheren Nummer des "Vorwärts" bekannt gegeben wurde, findet der diesjährige Parteitag am Sonntag, 22. Oktober, und die folgenden Tage statt.

Als Ort für den Parteitag ist voriges Jahr Köln a. Rh. bestimmt worden.

Einschließlich den Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation*) berufen wir hiermit den Parteitag auf

Sonntag, 22. Oktober, nach Köln

* § 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung derselben durch das offizielle Parteidorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Besichtigung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzurichten, die dieselben spätestens zehn Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteidorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1) Die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf,

2) die Mitglieder der Reichstagsfraktion;

3) die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsvorordnung selbst.

in das Büro zum „Karl der Große“, Niedergasse 64, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, 22. Oktober, Abends 7 Uhr, Vorversammlung. Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung. Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Montag, 23. Oktober, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: J. Auer.

2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.

3. Partei-Presse und Agitation mit besonderer Berücksichtigung der Landagituation.

4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: Paul Singer.

5. Maißer 1894. Berichterstatter: W. Liebknecht.

6. Antisemitismus und Sozialdemokratie. Berichterstatter: A. Bebel.

7. Anträge zu Programm und Organisation.

8. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

Parteigenossen! Bei der Kürze der Zeit, welche uns noch von dem Zusammentreffen des Parteitages trennt, ist es nothwendig, wo dies nicht bereits geschehen ist, sofort zur Wahl der Delegierten und der Verathung eventueller Anträge zu schreiten. Die Anträge selbst müssen spätestens bis zum 11. Oktober in den Händen des Parteivorstandes

Berlin SW., Bahnhofstraße 9, sein, wenn sie, entsprechend den Bestimmungen des § 8 Abs. 2 der Parteorganisation, im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in die gebrückte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Die Adresse des Volkstheaters in Köln, bei welchem die Anmeldung der Vertreter stattzufinden hat und wo Auskunft über die Wohnungsverhältnisse etc. gegeben wird, lautet:

Hermann Geising, Köln a. Rh., Rudolfplatz 2, III.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau

Berlin SW., Bahnhofstraße 9, wohin auch alle sonstigen Buschriften, Anfragen etc. zu richten sind, zu beziehen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Berlin, 18. September 1893.

Der Parteivorstand.

Vermischtes.

Sozialer Kongress. Es ist bekannt geworden, daß das Freie Deutsche Hochstift in Frankfurt am Main durch seine volkswirtschaftliche Sektion einen sozialen Kongress veranstaltet, der angehört der sozialen Vorgänge des letzten Winters über die Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung in Industrie- und Handelsstädten, verhandeln und diese brennenden Fragen der städtischen Sozialpolitik für den bevorstehenden Winter klären helfen soll. Wie zu erwarten war, hat der Gedanke dieses Kongresses sehr beißende Aufnahme gefunden. Der Kongreßtag ist nunmehr auf den 8. Oktober d. J. bestimmt. Als Referenten fungieren der aus der ethischen Bewegung bekannte Professor Ebner-Schiel, als Statistiker der Direktorialbeamte des Berliner Städtischen Bureaus Dr. Hirschberg, und als Vertreter einer zentralistischen Arbeitergewerkschaft der Vorsitzende des Deutschen Tischler-Verbandes Alois Stuttgart. Für die Einleitung der Diskussion sind eine Reihe sachkundiger Herren gewonnen, u. a. der Vorsitzende des Stuttgarter Gewerbegeichts Lautenschlager, der durch die Organisation des dortigen städtischen Arbeitsamtes neuerdings so bekannt geworden ist, mehrere Leiter von Arbeitergewerkschaften usw. Wie zu erwarten war, sind Antragen und Anmeldungen zu dem Kongreß bei dem Bureau des Freien Deutschen Hochstifts (Frankfurt a. M., Hirschgraben) bereits zahlreich aus städtischen, Gelehrten-, Geistlichen-, Arbeitern- und Gewerbegeichtskreisen eingelaufen und verspricht der Kongreßtag für alle Freunde einer volkstümlichen Sozialpolitik von höchstem Interesse zu werden. Die Theilnehmer haben einen Beitrag von 2 M. zu leisten, wofür ihnen der in Buchform nach stenographischer Niederschrift zu veröffentlichte Verhandlungsbericht unentgeltlich zugesandt wird. Beschlüsse soll der Kongreß nicht fassen, sondern nur, wie es im Programm heißt, eine Veranstaltung darstellen, „bei der Fachmänner aus Praxis und Theorie, sowie sonstige Interessenten ihre Ansichten über soziale Zeitfragen frei und offen aussprechen können. Niemals sollen die Bevölkerungen in enger Füllung mit der wirtschaftlichen und sozialen Praxis bleiben und bei allen die Arbeiter betreffenden Fragen diese als gleichberechtigte Theilnehmer an den Vorber-

reitungen und Verhandlungen mitwirken.“ Man darf wohl von allen Seiten rege Theilnahme und gutes Gelingen für die Verhandlungen wünschen, welche für die soziale Praxis des nächsten Winters von Bedeutung werden dürften.

Zur Definition des Begriffes „Pferdeleistung“. Unter Pferdeleistung versteht man in der Technik bekanntlich eine Kraft, die im Stande ist, 70 Kilogramm in einer Sekunde einen Meter hoch zu heben. Diese Nominalisierung der Kraft eines Pferdes stammt aus den Zeiten Watt's, des Erfinders der Dampfmaschine. Neuere in einem Bergwerk während der Dauer eines Jahres an 250 Tieren sorgfältig ausgeführte Versuche haben zu einem wesentlich anderen Resultat geführt. Aus diesen Versuchen hat sich für eine wirkliche Pferdeleistung die Zahl von 90 Sekunden-Kilogramm-Meter als Mittel ergeben, also eine Zahl, die noch nicht einmal die Hälfte der konventionellen Zahl 75 erreicht. Da nun die Leistung der Pferde der Zeitzeit nicht gut bestimmt geworden sein kann, als zur Zeit Watt's, so dürfte es interessant sein, zu erfahren, wie ein so schwerer Beobachter und Denker wie Watt zu jener bei weitem zu hohen Zahl 75 gekommen ist. Darüber liegt uns von Seiten des Patentbüros von G. Brandt in Berlin S. W. folgende Nachricht vor. Watt stellte eine seiner ersten Dampfmaschinen in der Brauerei Whitebread in England auf; diese Maschine sollte ein bisher durch Pferde betriebenes Pumpwerk in Thätigkeit setzen. Der Brauer stellte nun die Kraft seiner Pferde in der Weise fest, daß er sein kräftigstes Thier acht Stunden lang erbarmungslos und unter reichlichen Peitschenhieben arbeiten ließ. So wurden in 8 Stunden über 2 Millionen Kilogramm Wasser einen Meter hoch gehoben, eine Leistung, die für die Sekunde berechnet annähernd 75 Kilogramm-Meter ergibt. Dieses unter ganz unnormalen Bedingungen erzielte Resultat wurde als Pferdeleistung bezeichnet und hat sich trotz seiner Unrichtigkeit bis auf den heutigen Tag erhalten. Obgleich es gleichzeitig ist, ob die maschinelle Pferdeleistung mit der wirklichen übereinstimmt, oder nicht, so ist es doch gut zu wissen, daß diese Übereinstimmung tatsächlich nicht besteht.

Die Reichsregierung geht mit dem Gedanken um, die große Zahl der Schiedsgerichte, die über die Ansprüche von Invaliditäts- und Altersrenten zu befinden haben, zu verringern, indem man die Bezirke der Gerichte zu vergrößern beabsichtigt. Seit ist in Preußen für jeden Stadt- oder Landräthlichen Kreis ein besonderes Schiedsgericht gebildet. Sitzungen der einzelnen Schiedsgerichte finden naturgemäß nur selten statt, und die Folge davon ist, daß die einzelnen Sachen lange in der Schwebe bleiben, während sie doch, wenn das Gesetz überhaupt einen Zweck haben soll, sehr schnell erledigt werden müßten. Nach einer Mitteilung des Direktors Gaebel vom Reichs-Versicherungsamt in einer Sitzung des Ausschusses der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Posen wird die Rendierung geplant, um eine Beschleunigung in der Entscheidung über die Streitfälle herbeizuführen. Ob dies durch eine Vergrößerung der Bezirke wirklich erreicht werden wird, ist unserer Ansicht nach doch sehr zweifelhaft. Die Erfahrungen, die man mit den über größere Bezirke sich erstreckenden Schiedsgerichten in Unfallsachen gemacht hat, sprechen entschieden dagegen. Eine Vergrößerung der Bezirke würde, und darauf wies auch Herr Gaebel hin, eine Erhöhung der Tagegelder und Reisekosten für die „Sichtbeamten“ Mitgliedern der Schiedsgerichte im Gefolge haben müssen. Schon jetzt könnte an Tagegeldern und Reisekosten ganz erheblich gespart werden. Zu Vorsitzenden undstellvertretenden Vorsitzenden der Schiedsgerichte für die Invaliditäts- und Altersversicherung sind fast in allen Kreisen Regierungsräthe und noch häufiger Regierungs-Assessoren ernannt worden, die der Bezirkeregierung angehören und in deren Sitz wohnen. Jeder Termin eines Schiedsgerichts verursacht recht hohe Tagegelder und Reisekosten für diese Herren, zumal wenn sie, wie es namentlich in den östlichen Provinzen häufig der Fall ist, weit Reisen, zum Theil auf Landwegen, zurücklegen müssen, um an den Sitz des Schiedsgerichts zu gelangen. Hier und da sind die Stellen der Schiedsgerichtsvorständen mit Amtsrichtern, Bürgermeistern, Bauinspektoren und anderen am Orte selbst vorhandenen Beamten besetzt worden. Weßhalb ist dies nicht die Regel? Geeignete Kräfte sind doch allenfalls vorhanden. Die Entschädigung, die diesen Beamten gezahlt werden müßte, würde ganz erheblich geringer sein, als die Schäler, Tagegelder und Reisekosten, die die umherreisenden Regierungsräthe und Assessoren bezahlen.

Von der Bergarbeit. Die die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten zu bewältigen haben, mag man sich einen Begriff machen aus dem Berichte über die Anstalt in Posen. Diese beschäftigt drei

Obers- und zwei und sechzig Bureau- und Unterbeamte. Seit ihrem Bestehen bis Ende April dieses Jahres hat die Anstalt 181,477 „Eingänge“ verzeichnet; zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs hat sie nicht weniger als 184 verschiedenartige Formulare im Gebrauch, von denen bis zum 1. April 666,000 Stück benutzt worden sind. Die Quittungsarten sind bei diesen Formularen nicht eingeblendet. Seit geht die Anstalt mit dem Plane um, eine eigene Werkstatt zu errichten, theils zum Schutz gegen Simulation, theils im finanziellen Interesse, um durch rechtzeitige Heilversuche der vollen Erwerbsfähigkeit traurer Arbeiter vorzubeugen. Aus den Mithilfungen des Direktors Gaebel ist noch hervorgehoben, daß in gleicher Weise die Ausgaben für Invalidenrente hinter den Voranschlägen wesentlich zurückgeblieben seien, daß aber bei allen Versicherungsanstalten die Kosten der Kontrolle sich in Zukunft wesentlich steigern würden, da eine genauere und schärfere Kontrolle namentlich der nichtständigen Arbeiter und ihrer Beitragsleistungen notwendig wäre.

Vom Recht auf Arbeit. Der vom Zentrum boykottierte und wieder in Gnaden aufgenommene Abgeordnete Zusang hat in Hagen die Probenummer seiner neuen Zeitung herausgegeben. Das Blatt will ein Organ des „kleinen Mannes“ sein. Dabei kann es denn auch nicht ohne Verhältnis zu dem Artikel sich schriftlich und mündlich was sie endlich zu thun beabsichtigt mit bestürzlichen Worten vernehmen lassen, ist doch endlich auf die Wege gedacht worden, daß man ihnen den 29. Juni Geld zu geben angefangen und sie also wiederum an die Arbeit gebracht.

Entscheidung des Reichs-Versicherungsamts. Unfall bei freiwilliger Arbeitsleistung. Vor dem Senat des Reichs-Versicherungsamts zu Berlin wurde am 11. d. M. ein bemerkenswerther Prozeß beendet, welcher folgender Thatbestand zu Grunde lag. Der Metallarbeiter E. hatte unschuldig dadurch einen Betriebsunfall erlitten, daß ein eiserner Träger ihm beim Abladen die Hand quetschte; die Westfälische Maschinenbau- und Kleinwaffen-Industrie-Verschöpfungs-Gesellschaft lehnte jedoch jede Rentenzahlung ab, da E. freiwillig, ohne zur Arbeit engagiert worden zu sein, Hand an's Werk legte. E. behauptete jedoch fest und sicher, zwei Tage vor dem Unfall vom Fabrikbesitzer Th. engagiert worden zu sein. Letzterer bestritt dies energisch und behauptete, E. nur einige Hoffnung auf Arbeit gemacht zu haben. Ein Zeuge beschwore hingegen, Th. habe den E. am Sonnabend fest engagiert. Das Schiedsgericht zu Düsseldorf schloß sich der Aussage des Fabrikbesitzers an, hielt einen Arbeitsvertrag für nicht erwiesen, und lehnte jeden Rentenanspruch ab. Hiergegen legte E. Refurk beim Reichs-Versicherungsamt ein und brachte die Vorentscheidung aufzuheben. Der Senat gab dem Refurk statt und sprach dem Kläger die Rente zu. Die Beschäftigung einer Person in einem bestimmten Betriebe wird nach Ansicht des Senats fast regelmäßig auf einen Arbeitsvertrag zurückgeführt werden können; aber nothwendig ist dies nicht; vielmehr muß, wenn der Zweck des Gesetzes erreicht werden soll, eine sonst in dem Betriebe nicht beschäftigte Person, welche in einer dem Betriebe förderlichen und dem Willen des Unternehmers entsprechenden Weise eingreift, auch dann als beschäftigt gelten, wenn ein zivilrechtliches Vertragsverhältnis zwischen ihr und dem Unternehmer nicht angenommen werden kann.

Die vielen Rechte der Arbeiter. Der Gewerberat für Schleswig-Holstein erwähnt u. a. in seinem Bericht für 1892, daß es ihm gegenüber nicht an Fabrikantenstritten gefehlt habe, die von der sozialen Gesetzesgebung eine Gefährdung des noch bestehenden Friedens zwischen Unternehmern und Arbeitern befürchten, weil die Letzteren über ihre vielen Rechte durch die vorgeschriebenen Abschläge so eingehend belehrt würden, deshalb habe er denn auch die Abschläge häufig in ganz kleiner unleserlicher Schrift oder in solcher Höhe angebracht gefunden, daß es unmöglich war, dies zu lesen. Das spricht für sich selbst und bedarf keiner Erläuterung. Beschäftigt waren am 1. April in Fabriken 198 schwipflinge Kinder. In den Fischräucherbetrieben, welche nicht zu den Fabrikarbeiten zählen, wurden die Kinder in manchen Fällen bis 12 Uhr Nachts und länger zur Arbeit gehalten. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter (14 bis 16 Jahre) betrug 975, darüber 226 weibliche, die Zahl der Arbeiterinnen 4890, am Ende des Jahres 5284, davon 38 Proz. in der Textil- und 27 Proz. in der Nahrungs- und Genussmittel-Industrie. Dabei hat eine Gesamtverminderung der Arbeiterzahl nur 1,6 Proz. stattgefunden. In kleineren Fabriken wurden dieselben vielfach des Sonnabends über 5/2 Uhr hinaus beschäftigt, was die Unternehmer mit Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen zu entschuldigen versuchten, und der Antrag auf 1/2-stündige Mittagspause würde nach Ansicht des Berichterstatters meistens die Entlassung zur Folge haben. Hinsichtlich der Böhne- und Arbeitszeit sind vielfach Veränderungen zu

sehen, trennen auch den anderen, so an die Arbeit gingen, den Hals entzweit zu schlagen, ward aber durch gute Werbung im Westen hingelegt. Zwei Jahre später, 1889, streikten die Bergleute auf's Neue und feierten drei ganze Wochen: „In der anderen Woche des Februar (Zoll) ist auf dem Berg kein Schlag geschlagen, deren Ursache halb, daß die Bergleute haben wollen bezahlt sein, oder nichts zu arbeiten sich vernehmen lassen und ist also der Berg drei ganze Wochen still gelegen, derhalb man mit ihnen zu thun gehabt, ehe sie wieder an die Arbeit haben können gebracht werden, dazu doch auch die Not, so ist mittler Zeit erklungen, etwas geholfen.“ Spangenberg schließlich noch über einen längeren als fünf Wochen dauernden Streik stieß das Jahr 1884: „Im Junio sind allerlei Verträge und Handlungstage gehalten worden, wie der Berg wiederum in rechten Gang und Schwung mögliche gebracht werden und wieviel viel Erweiterung (d. h. Weiterung) sich darüber entsponnen, daß auch ein Ausflug des Bergvolks zu befahren gewesen, denn sie sich mit bedreunlichen Worten nicht häufen an die Arbeit antragen lassen wollten, deren sie sich in die sechshundert Wochen enthalten hätten. Und als etliche Handelung mit ihrem Ausschluß vergeblich abgängen, der größte Theil sich schriftlich und mündlich was sie endlich zu thun beabsichtigt mit bestürzlichen Worten vernehmen lassen, ist doch endlich auf die Wege gedacht worden, daß man ihnen den 29. Juni Geld zu geben angefangen und sie also wiederum an die Arbeit gebracht.“

